# **Bundesgesetzblatt** 1057

Teil II G 1998

1999	Ausgegeben zu Bonn am 17. Dezember 1999	Nr. 33
Tag	Inhalt	Seite
8. 11. 99	Bekanntmachung über die vorläufige Anwendung des deutsch-tschechischen Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit	1057
8. 11. 99	Bekanntmachung des deutsch-dominikanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1061
8. 11. 99	Bekanntmachung des deutsch-dominikanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1062
8. 11. 99	Bekanntmachung des deutsch-guatemaltekischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1064
9. 11. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur Erhaltung der Fledermäuse in Europa	1065
29. 11. 99	Bekanntmachung der Änderungen der Anlage des Internationalen Übereinkommens von 1979 über den Such- und Rettungsdienst auf See	1066
6. 12. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Vertrags über die Energiecharta und des Energiechartaprotokolls über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte	1080

# Bekanntmachung über die vorläufige Anwendung des deutsch-tschechischen Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit

Vom 8. November 1999

Das in Prag am 30. September 1999 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik über kulturelle Zusammenarbeit wird nach seinem Artikel 17 Abs. 1 nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts

seit dem 30. September 1999

vorläufig angewendet; das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Mit der vorläufigen Anwendung dieses Abkommens wird das Abkommen vom 11. April 1978 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechoslowakischen Republik über kulturelle Zusammenarbeit (BGBI. 1979 II S. 939) im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik nicht mehr angewendet.

Bonn, den 8. November 1999

Auswärtiges Amt Im Auftrag Dr. Hilger

# Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik über kulturelle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

unc

die Regierung der Tschechischen Republik -

in dem Bestreben, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern im Geiste guter Nachbarschaft zu festigen und weiter zu entwickeln.

in dem Wunsch, das gegenseitige Verständnis der Völker beider Länder zu vertiefen.

Bezug nehmend auf den Vertrag vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit,

ferner Bezug nehmend auf die gemeinsame Deutsch-Tschechische Erklärung vom 22. Januar 1997 über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung,

in Anerkennung des historischen Wandels in Europa, insbesondere der Herstellung der Einheit Deutschlands und des Entstehens der Tschechischen Republik,

in der Überzeugung, dass der kulturelle Austausch die Zusammenarbeit zwischen den Völkern und das Verständnis für die Kultur und das Geistesleben anderer Völker fördert,

unter Betonung der wichtigen Rolle der Jugend für das Verständnis und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern,

in dem Wunsch, die kulturellen Beziehungen in allen Bereichen, einschließlich Bildung und Wissenschaft auszubauen,

eingedenk der jahrhundertealten engen Verbindungen beider Völker und ihres historischen Beitrags zum gemeinsamen kulturellen Erbe Europas,

in der Überzeugung, dass der künftige Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union, der von der Bundesrepublik Deutschland nachdrücklich unterstützt wird, die Möglichkeit für eine weitere Vertiefung der kulturellen Zusammenarbeit schaffen wird –

sind wie folgt übereingekommen:

#### Artikel 1

Die Vertragsparteien sind bestrebt, die gegenseitige Kenntnis der Kultur ihrer Länder zu verbessern, die kulturelle Zusammenarbeit in allen Bereichen und auf allen Ebenen weiterzuentwickeln und damit zur europäischen kulturellen Identität beizutragen.

#### Artikel 2

Um eine bessere Kenntnis der Kunst, der Literatur und verwandter Gebiete des anderen Landes zu vermitteln, werden die Vertragsparteien entsprechende Maßnahmen durchführen und

einander dabei im Rahmen ihrer Möglichkeiten und in Übereinstimmung mit innerstaatlichen Vorschriften Hilfe leisten, insbesondere

- bei Gastspielen von Künstlern und Ensembles, auch von Amateuren, bei der Veranstaltung von Konzerten, Theateraufführungen und anderen künstlerischen Darbietungen;
- bei der Durchführung von Ausstellungen sowie der Organisation von Vorträgen und Vorlesungen;
- bei der Organisation gegenseitiger Besuche von Vertretern der verschiedenen Gebiete des kulturellen Lebens, insbesondere der Literatur, der Musik, der darstellenden und bildenden Künste, zur Entwicklung der Zusammenarbeit, zum Erfahrungsaustausch sowie zur Teilnahme an Tagungen und ähnlichen Veranstaltungen.
- bei der Förderung von Kontakten zwischen Verlagen, Bibliotheken, Archiven und Museen sowie bei dem Austausch von Fachleuten und Material,
- bei Übersetzungen von Werken der schöngeistigen und wissenschaftlichen Literatur und der Fachliteratur.

#### Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien werden sich bemühen, allen interessierten Personen breiten Zugang zur Sprache, Kultur, Literatur und Geschichte des anderen Landes zu ermöglichen. Sie unterstützen entsprechende staatliche und private Initiativen und Institutionen. Sie ermöglichen und erleichtern im jeweils eigenen Land Förderungsmaßnahmen der anderen Seite und die Unterstützung lokaler Initiativen.

(2) Gleiches gilt für den Ausbau der Sprachkenntnisse und die weitere Verbesserung des Sprachunterrichts an allen Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen sowie jenen der Erwachsenenbildung. Besondere Aufmerksamkeit wird der Sprachförderung in den Grenzgebieten gewidmet. Maßnahmen zur Förderung der Sprachen beider Vertragsparteien sind insbesondere:

- die Vermittlung und Entsendung von Lehrern, Lektoren und Fachberatern,
- die Bereitstellung von Lehrbüchern und Lehrmaterial sowie die Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Lehrbüchern,
- die Teilnahme von Lehrern und Studenten an Aus- und Fortbildungskursen, die von der anderen Seite durchgeführt werden sowie der Erfahrungsaustausch über moderne Verfahren im Sprachunterricht,
- die Entwicklung von Partnerschaften zwischen Schulen und Bildungseinrichtungen,
- die Nutzung der Möglichkeiten, die Rundfunk und Fernsehen für die Kenntnis und Verbreitung der Sprache der anderen Vertragspartei bieten.

(3) Die Vertragsparteien werden zusammenarbeiten in dem Bemühen, in den Lehrbüchern eine Darstellung der Geschichte, Geographie und Kultur des anderen Landes zu erreichen, die das bessere gegenseitige Verständnis fördert. Sie ermutigen die zuständigen Stellen, Lehrbücher zu entwickeln, die geeignet

sind, im Geschichtsunterricht beider Länder verwendet zu werden.

#### Artikel 4

Die Vertragsparteien unterstützen die Zusammenarbeit in allen ihren Formen in den Bereichen der Wissenschaft und des Bildungswesens, einschließlich der Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen, allgemein- und berufsbildender Schulen, Organisationen und Einrichtungen der nichtschulischen beruflichen Bildung und Weiterbildung für Erwachsene, der Schulund Berufsbildungsverwaltungen, anderer Bildungs- und Forschungseinrichtungen und deren Verwaltungen, der Bibliotheken und Archive sowie der Denkmalpflege. Sie ermutigen diese Institutionen in ihren Ländern:

- zur Zusammenarbeit auf allen Gebieten, die von gemeinsamem Interesse sind,
- die gegenseitige Entsendung von Delegationen und Einzelpersonen zum Zweck der Information und des Erfahrungsaustausches einschließlich der Teilnahme an wissenschaftlichen Konferenzen und Symposien zu unterstützen,
- den Austausch von Wissenschaftlern, Hochschulverwaltungspersonal sowie Repräsentanten der Hochschulen, Lehrkräften, Ausbildern, Doktoranden, Studenten, Schülern und Auszubildenden im Rahmen von Informations-, Studien-, Forschungs- und Ausbildungsaufenthalten zu unterstützen,
- 4. in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Vorschriften der jeweiligen Vertragspartei den Zugang zu Archiven, Bibliotheken und ähnlichen Einrichtungen und deren wissenschaftliche Nutzung soweit wie möglich zu erleichtern und den Austausch auf dem Gebiet von Information und Dokumentation sowie von Archivalienreproduktionen zu unterstützen,
- den Austausch von wissenschaftlicher, p\u00e4dagogischer und didaktischer Literatur, von Lehr-, Anschauungs- und Informationsmaterial und Lehrfilmen f\u00fcr Lehr- und Forschungszwecke sowie die Veranstaltungen entsprechender Fachausstellungen zu f\u00f6rdern,
- die Beziehungen zwischen den Hochschulen beider Länder und anderen kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen zu fördern,
- auf dem Gebiet der Pflege, der Restaurierung und des Schutzes historischer und kultureller Denkmäler zusammenzuarbeiten.

#### Artikel 5

Die Vertragsparteien sind bestrebt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Studenten und Wissenschaftlern des anderen Staates Stipendien zur Aus- und Fortbildung und zu Forschungsarbeiten zur Verfügung zu stellen und den Austausch im Bereich von Bildung und Wissenschaft durch weitere Maßnahmen, darunter durch Erleichterung der Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung und der Aufenthaltsbedingungen im Gastland in geeigneter Weise zu begleiten.

#### Artikel 6

Die Vertragsparteien werden die Voraussetzungen prüfen, unter denen Studiennachweise sowie Abschlussdiplome der Hochschulen des anderen Landes für akademische Zwecke anerkannt werden können. Zu diesem Zweck werden durch den Austausch von Expertengruppen die notwendigen Informationen eingeholt und die Möglichkeiten erkundet, um zu einer besonderen Vereinbarung über Äquivalenzfragen zu gelangen.

#### Artikel 7

Die Vertragsparteien messen der Zusammenarbeit in der Ausund Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft große Bedeutung für die Ausgestaltung ihrer Beziehungen bei. Sie werden diese Zusammenarbeit nach Kräften unterstützen und nach Bedarf Absprachen hierzu treffen.

#### Artikel 8

Die Vertragsparteien sehen in der Zusammenarbeit im Bereich der Erwachsenenbildung einen wichtigen Beitrag zur Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen und sind bereit, diese Zusammenarbeit nach Kräften zu unterstützen.

#### Artikel 9

Die Vertragsparteien werden auf dem Gebiet des Filmwesens, des Fernsehens und des Hörfunks die Zusammenarbeit der betreffenden Anstalten in ihren Ländern sowie die Herstellung und den Austausch von Filmen und anderen audiovisuellen Medien, die den Zielen dieses Abkommens dienen können, im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen. Sie ermutigen zur Zusammenarbeit im Buch- und Verlagswesen.

#### Artikel 10

Die Vertragsparteien ermöglichen direkte Kontakte zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Vereinigungen wie Gewerkschaften, Kirchen und Glaubensgemeinschaften, politischen und sonstigen Stiftungen mit dem Ziel einer Zusammenarbeit. Sie ermutigen solche nichtstaatlichen Organisationen, Vorhaben durchzuführen, die auch den Zielen dieses Abkommens dienen.

#### Artikel 11

Die Vertragsparteien unterstützen den Ausbau und die Intensivierung des Jugendaustauschs zwischen beiden Ländern. Neben der Ausweitung der Begegnungen zwischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen streben sie eine Zusammenarbeit in der fachlichen Jugendarbeit an. Zu diesem Zweck unterstützen sie weiterhin die in Pilsen und Regensburg eingerichteten Koordinierungsstellen zur Beratung und Unterstützung staatlicher und nichtstaatlicher Stellen beider Länder.

#### Artikel 12

Die Vertragsparteien werden – in Kooperation mit den Sportverbänden – zu Begegnungen zwischen Sportlern, Trainern, Sportfunktionären und Sportmannschaften ihrer Länder ermutigen und bestrebt sein, die Zusammenarbeit im Bereich des Sports auch an Schulen und Hochschulen zu fördern.

# Artikel 13

Die Vertragsparteien ermöglichen den ständig auf ihrem Hoheitsgebiet lebenden Staatsangehörigen der Tschechischen Republik deutscher Abstammung und Staatsangehörigen der Bundesrepublik Deutschland tschechischer Abstammung, gemäß ihrer freien Entscheidung die Pflege der Sprache, Kultur, nationalen Traditionen sowie die freie Religionsausübung. Sie ermöglichen und erleichtern im Rahmen der geltenden Gesetze Förderungsmaßnahmen der anderen Seite zugunsten dieser Personen und ihrer Organisationen. Sie werden unabhängig davon die Interessen dieser Bürger im Rahmen der allgemeinen Förderprogramme angemessen berücksichtigen.

#### Artikel 14

Die Vertragsparteien erleichtern und ermutigen die partnerschaftliche Zusammenarbeit auf regionaler und lokaler Ebene.

## Artikel 15

- (1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer jeweils geltenden Rechtsvorschriften und unter den von ihnen zu vereinbarenden Bedingungen die Gründung und Tätigkeit kultureller Einrichtungen der jeweils anderen Vertragspartei im eigenen Land erleichtern.
- (2) Kulturelle Einrichtungen im Sinne des Absatzes 1 sind Kulturinstitute, aus öffentlichen Mitteln finanzierte Einrichtungen der Wissenschaftsorganisationen, allgemeinbildende und berufsbildende Schulen, Einrichtungen der Lehreraus- und -fortbildung, der Erwachsenenbildung, der beruflichen Aus- und Weiter-

bildung, Bibliotheken, Lesesäle sowie öffentlich-rechtliche Forschungseinrichtungen. Den entsandten Fachkräften dieser Institutionen sind im offiziellen Auftrag wissenschaftlich-kulturell oder pädagogisch tätige, mit Einzelaufträgen entsandte oder vermittelte Fachkräfte gleichgestellt.

- (3) Kulturelle Einrichtungen im Sinne von Absatz 1 sind insbesondere die bereits tätigen:
- Goethe-Institut Prag;
- Deutsche Schule Prag;
- Lesesäle in Olmütz. Brünn und Pilsen:
- Tschechisches Zentrum in Berlin;
- Tschechisches Zentrum in Dresden;
- Tschechisches Zentrum in München.
- (4) Den kulturellen Einrichtungen der Vertragsparteien wird die Möglichkeit der freien Entfaltung aller für Einrichtungen dieser Art üblichen Aktivitäten garantiert.
- (5) Die in Absatz 2 genannten Personen, die die Staatsangehörigkeit des entsendenden Staates besitzen, sowie die in ihrem Haushalt lebenden Familienangehörigen, erhalten auf Antrag, der vor der Ausreise bei einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung des Gastlandes zu stellen ist, gebührenfrei eine entsprechende Aufenthaltsgenehmigung von den zuständigen Behörden des Gastlandes im Rahmen der jeweils geltenden Gesetze und Bestimmungen. Die Aufenthaltsgenehmigung wird bevorzugt erteilt und beinhaltet das Recht auf mehrfache Ein- und Ausreise des Berechtigten im Rahmen ihrer Gültigkeit. Sie wird nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts erstmalig längstens für zwei Jahre erteilt und kann dann verlängert oder wiederholt erteilt werden. Anträge auf Verlängerung müssen im Gastland gestellt werden.
- (6) Familienangehörige im Sinne von Absatz 5 sind der Ehegatte und die im Haushalt lebenden Kinder, soweit diese nach dem Recht des Entsendelandes minderjährig oder noch in der Ausbildung sind.
- (7) Die Vertragsparteien gewähren Befreiung von Abgaben für Ein- und Wiederausfuhr von:
- Ausstattungs- und Ausstellungsgegenständen einschließlich eines oder mehrerer Kraftfahrzeuge, die für die Tätigkeit der in Absatz 2 genannten kulturellen Einrichtung eingeführt werden;
- Umzugsgut, einschließlich Kraftfahrzeugen, der in Absatz 2 genannten Personen und deren Familienangehörigen, das mindestens sechs Monate vor der Übersiedlung benutzt worden ist und innerhalb von zwölf Monaten nach der Übersiedlung auf das Hoheitsgebiet des Gastlandes eingeführt wird.
- (8) Die Vertragsparteien gewähren den kulturellen Einrichtungen der jeweils anderen Vertragspartei für die erbrachten Leistungen umsatzsteuerliche Vergünstigungen, im Rahmen der jeweils geltenden Gesetze und sonstigen Bestimmungen.

#### Artikel 16

Vertreter der Vertragsparteien werden nach Bedarf oder auf Ersuchen einer Vertragspartei als gemischte Kommission abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in der Tschechischen Republik zusammentreten, um die Bilanz des im Rahmen dieses Abkommens erfolgten Austausches zu ziehen und um Empfehlungen und Programme für die weitere kulturelle Zusammenarbeit zu erarbeiten. Näheres wird auf diplomatischem Wege geregelt.

#### Artikel 17

- (1) Dieses Abkommen wird vom Tage der Unterzeichnung an nach Maßgabe der Bestimmungen des Artikels 25 des Wiener Übereinkommens über das Recht der völkerrechtlichen Verträge und nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts vorläufig angewendet.
- (2) Mit der vorläufigen Anwendung dieses Abkommens wird das Abkommen vom 11. April 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über kulturelle Zusammenarbeit im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik nicht mehr angewendet.

#### Artikel 18

- (1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die für das Inkrafttreten erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation.
- (2) Das Abkommen vom 2. Februar 1990 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gegenseitige Errichtung und Tätigkeit von Kultur- und Informationszentren sowie die ergänzenden Vereinbarungen in der Form der Notenwechsel vom 6./20. März 1991 sowie vom 24. Juli/18. Oktober 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik bleiben von vorstehenden Regelungen unberührt.
- (3) Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 11. April 1978 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über kulturelle Zusammenarbeit im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik außer Kraft.

# Artikel 19

Dieses Abkommen gilt für die Dauer von fünf Jahren und wird automatisch um jeweils weitere fünf Jahre verlängert, sofern das Abkommen nicht von einer Vertragspartei spätestens innerhalb von sechs Monaten vor Ablauf der Gültigkeitsdauer auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Prag am 30. September 1999 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Christoph Zöpel

Für die Regierung der Tschechischen Republik

Jan Kavan

## Bekanntmachung des deutsch-dominikanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit

#### Vom 8. November 1999

Das in Santo Domingo am 29. April 1997 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Dominikanischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit (Vorhaben "Grundschulbauprogramm") ist nach seinem Artikel 5

am 29. April 1997

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 8. November 1999

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Im Auftrag Michael Bohnet

# Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Dominikanischen Republik – Finanzielle Zusammenarbeit (Vorhaben "Grundschulbauprogramm")

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Dominikanischen Republik -

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Dominikanischen Republik,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Dominikanischen Republik beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

#### Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Dominikanischen Republik, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, für das Vorhaben "Grundschulprogramm" ein Darlehen bis zu insgesamt 14,8 Mio DM (in Worten: vierzehn Millionen achthunderttausend Deutsche Mark) und zur Vorbereitung sowie für notwendige Begleitmaß-

nahmen zur Durchführung und Betreuung des Vorhabens einen Finanzierungsbeitrag bis zu 1,2 Mio DM (in Worten: eine Million zweihunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Dominikanischen Republik durch andere Vorhaben ersetzt werden. Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen gemäß Absatz 1 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

## Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, und das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Darlehens und des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

#### Artikel 3

Die Regierung der Dominikanischen Republik stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in der Dominikanischen Republik erhoben werden.

#### Artikel 4

Die Regierung der Dominikanischen Republik überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, die die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in

der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

#### Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft

Geschehen zu Santo Domingo am 29. April 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Für die Regierung der Dominikanischen Republik Arg. Eduardo Selman

# Bekanntmachung des deutsch-dominikanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 8. November 1999

Das in Santo Domingo am 29. April 1997 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Dominikanischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit (Vorhaben "Sozialer Investitionsfonds PRO-COMUNIDAD") ist nach seinem Artikel 5

am 29. April 1997

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 8. November 1999

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Im Auftrag Michael Bohnet

# Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Dominikanischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit (Vorhaben "Sozialer Investitionsfonds PRO-COMUNIDAD")

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Dominikanischen Republik -

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Dominikanischen Republik;

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen.

in dem Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Dominikanischen Republik beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

#### Artikel 1

- (1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Dominikanischen Republik, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, für das Vorhaben "Sozialer Investitionsfonds PRO-COMUNIDAD" ein Darlehen bis zu insgesamt 14,4 Mio DM (in Worten: vierzehn Millionen vierhunderttausend Deutsche Mark) und zur Durchführung und Betreuung des Vorhabens einen Finanzierungsbeitrag bis zu 0,6 Mio DM (in Worten: sechshunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.
- (2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Dominikanischen Republik durch andere Vorhaben ersetzt werden. Finanzierungsbeiträge für Vorberei-

tungs- und Begleitmaßnahmen gemäß Absatz 1 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

#### Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, und das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Darlehens und des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

#### Artikel 3

Die Regierung der Dominikanischen Republik stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in der Dominikanischen Republik erhoben werden.

# Artikel 4

Die Regierung der Dominikanischen Republik überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, die die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

# Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Santo Domingo am 29. April 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Immo von Kessel

Für die Regierung der Dominikanischen Republik Arq. Eduardo Selman

# Bekanntmachung des deutsch-guatemaltekischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit

#### Vom 8. November 1999

Das in Guatemala-Stadt am 17. Juni 1999 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Guatemala über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 5

am 17. Juni 1999

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 8. November 1999

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Im Auftrag Bohnet

## Abkommen

zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Guatemala über Finanzielle Zusammenarbeit im Vorhaben "Studien- und Fachkräftefonds V"

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Guatemala -

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Guatemala,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch parnterschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Guatemala beizutragen,

unter Bezugnahme auf die deutsch-guatemaltekischen Regierungsverhandlungen vom 26. bis 28. Oktober 1998 –

sind wie folgt übereingekommen:

## Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Guatemala und/oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, einen Finanzierungsbeitrag in Höhe von insgesamt 3 000 000,– DM (in Worten: drei Millionen Deutsche Mark) für die Einrichtung eines Studien- und Fachkräftefonds zu erhalten, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

- (2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Guatemala durch andere Vorhaben ersetzt werden.
- (3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Guatemala zur einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, (weitere) Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

#### Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrages entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Finanzierungsvertrag abgeschlossen

wurde. Für diesen Betrag endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2006.

(2) Die Regierung der Republik Guatemala, soweit sie nicht selbst Empfänger des Finanzierungsbeitrages ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund des nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsvertrages entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

#### Artikel 3

Die Regierung der Republik Guatemala stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrages in der Republik Guatemala erhoben werden.

#### Artikel 4

Die Regierung der Republik Guatemala überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

#### Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft

Geschehen zu Guatemala am 17. Juni 1999 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Neukirch

Für die Regierung der Republik Guatemala Ricardo Quiñones Lemus

# Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur Erhaltung der Fledermäuse in Europa

#### Vom 9. November 1999

Das Abkommen vom 4. Dezember 1991 zur Erhaltung der Fledermäuse in Europa (BGBI. 1993 II S. 1106) ist nach seinem Artikel XII für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Finnland am 20. Oktober 1999 Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik am 15. Oktober 1999 Ukraine am 30. Oktober 1999.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 3. September 1999 (BGBI. II S. 950).

Bonn, den 9. November 1999

Auswärtiges Amt Im Auftrag Dr. Hilger

# Bekanntmachung der Änderungen der Anlage des Internationalen Übereinkommens von 1979 über den Such- und Rettungsdienst auf See

Vom 29. November 1999

Die Anlage zum Internationalen Übereinkommen von 1979 über den Suchund Rettungsdienst auf See vom 27. April 1979 (BGBI. 1982 II S. 485) ist durch Entschließung des Schiffssicherheitsausschusses der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (IMO) vom 18. Mai 1998 (MSC.70(69)) geändert worden.

Diese Änderungen treten gemäß Artikel III Abs. 2 Buchstabe h des Übereinkommens für die Vertragsstaaten einschließlich der Bundesrepublik Deutschland am 1. Januar 2000 in Kraft.

Die in der Entschließung MSC.70(69) enthaltenen Änderungen des Übereinkommens werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Bonn, den 29. November 1999

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen Im Auftrag Dr. Froböse

# Entschließung MSC.70(69) (angenommen am 18. Mai 1998)

Beschlussfassung über Änderungen des Internationalen Übereinkommens von 1979 über den Such- und Rettungsdienst auf See

Resolution MSC.70(69) (adopted on 18 May 1998)

Adoption of amendments to the International Convention on Maritime Search and Rescue, 1979

Résolution MSC.70(69) (adoptée le 18 mai 1998)

Adoption d'amendements à la Convention Internationale de 1979 sur la recherche et le sauvetage maritimes

(Übersetzung)

The Maritime Safety Committee,

Le Comité de la sécurité maritime,

Der Schiffssicherheitsausschuss -

Recalling article 28(b) of the Convention on the International Maritime Organization concerning the functions of the Committee,

Rappelant l'article 28 b) de la Convention portant création de l'Organisation maritime internationale, qui a trait aux fonctions du Comité,

in Anbetracht von Artikel 28 Buchstabe b des Übereinkommens über die Internationale Seeschiffahrts-Organisation betreffend die Aufgaben des Ausschusses

Recalling further article III(2)(f) of the International Convention on Maritime Search and Rescue, 1979, hereinafter

Rappelant en outre l'article III 2) f) de la Convention internationale de 1979 sur la recherche et le sauvetage maritimes, cisowie in Anbetracht von Artikel III Absatz 2 Buchstabe f des im folgenden als das "Übereinkommen" bezeichneten Inter-

referred to as "the Convention", concerning the procedures for amending the Annex to the Convention, other than the provisions of paragraphs 2.1.4, 2.1.5, 2.1.7, 2.1.10, 3.1.2 or 3.1.3 thereof,

Having considered, at its sixty-ninth session, amendments to the Convention proposed and circulated in accordance with article III(2)(a) thereof,

- 1. Adopts, in accordance with article III(2)(c) of the Convention, amendments to the Convention, the text of which is set out in the annex to the present resolution;
- 2. Determines, in accordance with article III(2)(f) of the Convention, that the amendments shall be deemed to have been accepted on 1 July 1999, unless, prior to that date, more than one third of the Parties, have notified their objections to the amendments:
- 3. Invites Parties to the Convention to note that, in accordance with article III(2)(h) of the Convention, the amendments shall enter into force on 1 January 2000 upon their acceptance in accordance with paragraph 2 above;
- 4. Requests the Secretary-General, in conformity with article III(2)(d) of the Convention, to transmit certified copies of the present resolution and the text of the amendments contained in the Annex to all Parties to the Convention;
- 5. Further requests the Secretary-General to transmit copies of this resolution and its Annex to Members of the Organization, which are not Parties to the Convention.

après dénommée «la Convention», relatif aux procédures d'amendement de l'Annexe à la Convention, à l'exclusion des paragraphes 2.1.4, 2.1.5, 2.1.7, 2.1.10, 3.1.2 et 3.1.3,

Ayant examiné, à sa soixante-neuvième session, les amendements à la Convention qui avaient été proposés et diffusés conformément à l'article III 2) a) de cette convention.

- 1. Adopte, conformément à l'article III 2) c) de la Convention, les amendements à la Convention dont le texte figure dans l'annexe de la présente résolution;
- 2. Décide, conformément à l'article III 2) f) de la Convention, que les amendements seront réputés avoir été acceptés le 1er juillet 1999 à moins que, avant cette date, plus d'un tiers des Parties n'aient notifié qu'elles élèvent une objection contre ces amendements;
- 3. Invite les Parties à la Convention à noter que, conformément à l'article III 2) h) de la Convention, les amendements entreront en vigueur le 1er janvier 2000 lorsqu'ils auront été acceptés dans les conditions prévues au paragraphe 2 ci-dessus;
- 4. Prie le Secrétaire général, conformément à l'article III 2) d) de la Convention, de communiquer des copies certifiées conformes de la présente résolution et du texte des amendements figurant dans l'Annexe à toutes les Parties à la Convention;
- 5. Prie en outre le Secrétaire général de communiquer des copies de la présente résolution et de son annexe aux Membres de l'Organisation qui ne sont pas Parties à la Convention.

nationalen Übereinkommens von 1979 über den Such- und Rettungsdienst auf See betreffend die Verfahren zur Änderung der Anlage mit Ausnahme ihrer Absätze 2.1.4, 2.1.5, 2.1.7, 2.1.10, 3.1.2 oder 3.1.3,

nach der auf seiner neunundsechzigsten Tagung erfolgten Beratung von Änderungen des Übereinkommens, die nach dessen Artikel III Absatz 2 Buchstabe a vorgeschlagen und weitergeleitet worden waren –

- 1. beschließt nach Artikel III Absatz 2 Buchstabe c des Übereinkommens Änderungen des Übereinkommens, deren Wortlaut in der Anlage zu der vorliegenden Entschließung wiedergegeben ist;
- 2. bestimmt nach Artikel III Absatz 2 Buchstabe f des Übereinkommens, dass die in der Anlage wiedergegebenen Änderungen als am 1. Juli 1999 angenommen gelten, sofern nicht vor dem genannten Zeitpunkt mehr als ein Drittel der Vertragsparteien des Übereinkommens Einsprüche gegen die Änderungen notifiziert haben;
- 3. fordert die Vertragsregierungen auf, zur Kenntnis zu nehmen, dass nach Artikel III Absatz 2 Buchstabe h des Übereinkommens die Änderungen nach ihrer Annahme gemäß Nummer 2 dieser Entschließung am 1. Januar 2000 in Kraft treten;
- 4. ersucht den Generalsekretär nach Artikel III Absatz 2 Buchstabe d des Übereinkommens, allen Vertragsparteien beglaubigte Abschriften dieser Entschließung sowie des Wortlauts der in der Anlage enthaltenen Änderungen zu übermitteln;
- 5. ersucht den Generalsekretär ferner, den Mitgliedern der Organisation, die nicht Vertragsparteien des Übereinkommens sind, Abschriften der Entschließung und ihrer Anlage zu übermitteln.

### **Anlage**

Änderungen des Internationalen Übereinkommens von 1979 über den Such- und Rettungsdienst auf See

#### Annex

Amendments to the International Convention on Maritime Search and Rescue, 1979

#### Annexe

Amendements à la Convention Internationale de 1979 sur la recherche et le sauvetage maritimes

The existing text of the Annex to the Convention, except paragraphs 2.1.4, 2.1.5, 2.1.7, 2.1.10, 3.1.2 and 3.1.3 is replaced by the following:

Il convient de remplacer le texte actuel de l'Annexe de la Convention, hormis les paragraphes 2.1.4, 2.1.5, 2.1.7, 2.1.10, 3.1.2 et 3.1.3, par le texte suivant:

Der bisherige Wortlaut der Anlage zu dem Übereinkommen mit Ausnahme der Absätze 2.1.4, 2.1.5, 2.1.7, 2.1.10, 3.1.2 und 3.1.3 wird durch den nachstehenden Wortlaut ersetzt:

#### "Chapter 1

# Terms and Definitions

- 1.1 "Shall" is used in the Annex to indicate a provision, the uniform application of which by all Parties is required in the interest of safety of life at sea.
- 1.2 "Should" is used in the Annex to indicate a provision, the uniform application of which by all Parties is recommended in the interest of safety of life at sea.
- 1.3 The terms listed below are used in the Annex with the following meanings:
- "Search". An operation, normally coordinated by a rescue co-ordination centre or rescue sub-centre, using available personnel and facilities to locate persons in distress;
- 2 "Rescue". An operation to retrieve persons in distress, provide for their initial medical or other needs, and deliver them to a place of safety;
- "Search and rescue service". The performance of distress monitoring, communication, co-ordination and search and rescue functions, including provision of medical advice, initial medical assistance, or medical evacuation, through the use of public and private resources including co-operating air-

#### «Chapitre 1

# Termes et définitions

- 1.1 L'emploi du présent de l'indicatif dans l'Annexe indique qu'il s'agit d'une disposition dont l'application uniforme par toutes les Parties est nécessaire pour la sauvegarde de la vie humaine en mer.
- 1.2 L'emploi du conditionnel dans l'Annexe indique qu'il s'agit d'une disposition dont l'application uniforme par toutes les Parties est recommandée pour la sauvegarde de la vie humaine en mer.
- 1.3 Les termes et expressions ci-dessous ont la signification suivante dans l'Annexe:
- .1 «Recherche». Opération, normalement coordonnée par un centre de coordination de sauvetage ou un centre secondaire de sauvetage, faisant appel au personnel et aux moyens disponibles, destinée à localiser des personnes en détresse.
- .2 «Sauvetage». Opération destinée à repêcher des personnes en détresse, à leur prodiguer les premiers soins médicaux ou autres dont ils pourraient avoir besoin, et à les remettre en lieu sûr.
- 3 «Service de recherche et de sauvetage». Exécution, en cas de détresse, des fonctions de surveillance, de communication, de coordination ainsi que de recherche et de sauvetage, y compris prestation de conseils médicaux, de soins médicaux initiaux, ou évacuation sanitaire, en faisant appel

# "Kapitel 1

# Ausdrücke und Begriffsbestimmungen

- 1.1 Die Verwendung des Indikativ Präsens in der Anlage bedeutet, dass es sich um eine Bestimmung handelt, deren einheitliche Anwendung durch alle Vertragsparteien für den Schutz des menschlichen Lebens auf See vorgeschrieben wird.
- 1.2 Die Verwendung des Hilfsverbs "sollen" in der Anlage bedeutet, dass es sich um eine Bestimmung handelt, deren einheitliche Anwendung durch alle Vertragsparteien für den Schutz des menschlichen Lebens auf See empfohlen wird.
- 1.3 Die nachstehenden Ausdrücke haben in der Anlage folgende Bedeutung:
- .1 "Suche": eine normalerweise von einer Rettungsleitstelle oder Rettungsunterleitstelle koordinierte Maßnahme, um unter Einsatz von verfügbarem Personal und Einrichtungen in Not befindliche Personen aufzufinden;
- .2 "Rettung": eine Maßnahme, um in Not befindliche Personen zu bergen, ihre medizinische Erst- oder sonstige Grundversorgung sicherzustellen und sie an einen sicheren Ort zu bringen;
- "Such- und Rettungsdienst": die Durchführung der Aufgaben von Überwachung, Kommunikation, Koordinierung sowie Suche und Rettung in Notfällen einschließlich der Bereitstellung medizinischer Beratung, medizinischer Erstversorgung, medizinischer Evakuierung mit Hilfe von öffentlichen

craft, vessels and other craft and installations;

- 4 "Search and rescue region". An area of defined dimensions associated with a rescue co-ordination centre within which search and rescue services are provided;
- "Rescue co-ordination centre". A unit responsible for promoting efficient organization of search and rescue services and for co-ordinating the conduct of search and rescue operations within a search and rescue region;
- .6 "Rescue sub-centre". A unit subordinate to a rescue co-ordination centre established to complement the latter according to particular provisions of the responsible authorities;
- .7 "Search and Rescue facility". Any mobile resource, including designated search and rescue units, used to conduct search and rescue operations;
- .8 "Search and rescue unit". A unit composed of trained personnel and provided with equipment suitable for the expeditious conduct of search and rescue operations;
- .9 "Alerting post". Any facility intended to serve as an intermediary between a person reporting an emergency and a rescue co-ordination centre or rescue sub-centre:
- .10 "Emergency phase". A generic term meaning, as the case may be, uncertainty phase, alert phase or distress phase;
- .11 "Uncertainty phase". A situation wherein uncertainty exists as to the safety of a person, a vessel or other craft;
- .12 "Alert phase". A situation wherein apprehension exists as to the safety of a person, a vessel or other craft;
- .13 "Distress phase". A situation wherein there is a reasonable certainty that a person, a vessel or other craft is threatened by grave and imminent danger and requires immediate assistance;
- .14 "On-scene co-ordinator". A person designated to co-ordinate search and rescue operations within a specified area;
- .15 "Secretary-General". The Secretary-General of the International Maritime Organization.

- à des ressources publiques et privées, avec la coopération d'aéronefs, de navires et d'autres engins et installations.
- 4 «Région de recherche et de sauvetage». Région de dimensions déterminées associée à un centre de coordination de sauvetage, dans les limites de laquelle sont fournis des services de recherche et de sauvetage.
- 5 «Centre de coordination de sauvetage». Centre chargé d'assurer l'organisation efficace des services de recherche et de sauvetage et de coordonner les opérations de recherche et de sauvetage dans une région de recherche et de sauvetage.
- 6 «Centre secondaire de sauvetage». Centre subordonné à un centre de coordination de sauvetage et complémentaire de ce dernier conformément aux dispositions spécifiques des autorités responsables.
- .7 «Moyen de recherche et de sauvetage». Toute ressource mobile, y compris les unités de recherche et de sauvetage désignées, utilisée pour mener une opération de recherche et de sauvetage.
- 8 «Unité de recherche et de sauvetage». Unité composée d'un personnel entraîné et dotée d'un matériel approprié à l'exécution rapide des opérations de recherche et de sauvetage.
- .9 «Poste d'alerte». Tout moyen destiné à servir d'intermédiaire entre une personne qui signale une situation d'urgence et un centre de coordination de sauvetage ou un centre secondaire de sauvetage.
- .10 «Phase d'urgence». Terme générique s'appliquant, selon le cas, à la phase d'incertitude, à la phase d'alerte ou à la phase de détresse.
- .11 «Phase d'incertitude». Situation dans laquelle il y a lieu de douter de la sécurité d'une personne, d'un navire ou d'un autre engin.
- .12 «Phase d'alerte». Situation dans laquelle on peut craindre pour la sécurité d'une personne, d'un navire ou d'un autre engin.
- .13 «Phase de détresse». Situation dans laquelle il y a lieu de penser qu'une personne, qu'un navire ou un autre engin sont menacés d'un danger grave et imminent et qu'ils ont besoin d'un secours immédiat.
- .14 «Coordonnateur sur place». Personne désignée pour coordonner les opérations de recherche et de sauvetage dans une zone déterminée.
- .15 «Secrétaire général». Secrétaire général de l'Organisation maritime internationale.

- und privaten Mitteln einschließlich beteiligter Flugzeuge, Schiffe und anderer Fahrzeuge und Einrichtungen;
- .4 "Such- und Rettungsbereich": ein Gebiet von festgelegten Abmessungen, das einer Rettungsleitstelle zugeordnet ist und in dem Such- und Rettungsdienste bereitgestellt werden;
- "Rettungsleitstelle": eine Einheit, die dafür zuständig ist, die wirksame Organisation von Such- und Rettungsdiensten zu fördern und die Durchführung von Such- und Rettungsmaßnahmen innerhalb eines Such- und Rettungsbereichs zu koordinieren:
- .6 "Rettungsunterleitstelle": eine auf der Grundlage von besonderen Vorschriften der zuständigen Behörde zur Ergänzung einer Rettungsleitstelle eingerichtete und dieser nachgeordnete Einheit;
- .7 "Such- und Rettungsmittel": jedes mobile Einsatzmittel, das für die Durchführung von Such- und Rettungsmaßnahmen eingesetzt wird, einschließlich erklärter Such- und Rettungseinheiten;
- .8 "Such- und Rettungseinheit": eine aus ausgebildetem Personal bestehende und mit geeigneter Ausrüstung für die rasche Durchführung von Such- und Rettungsmaßnahmen ausgestattete Finheit"
- .9 "Bereitschaftsstelle": jede Einrichtung, die dazu dienen soll, eine Vermittlerrolle zwischen einer Person, die einen Notfall meldet, und einer Rettungsleitstelle oder Rettungsunterleitstelle zu übernehmen;
- .10 "Alarmstufe": ein allgemeiner Ausdruck, der je nach den Umständen eine Ungewissheitsstufe, eine Bereitschaftsstufe oder eine Notstufe bedeutet:
- .11 "Ungewissheitsstufe": eine Lage, in der Ungewissheit hinsichtlich der Sicherheit einer Person, eines Schiffes oder anderen Fahrzeugs besteht;
- .12 "Bereitschaftsstufe": eine Lage, bei der Befürchtungen hinsichtlich der Sicherheit einer Person, eines Schiffes oder anderen Fahrzeugs besteht;
- .13 "Notstufe": eine Lage, in der angenommen werden muss, dass eine Person, ein Schiff oder ein anderes Fahrzeug durch eine ernste und unmittelbare Gefahr bedroht ist und sofortiger Hilfe bedarf;
- .14 "Einsatzleiter vor Ort": eine Person, die dazu bestimmt ist, Such- und Rettungsmaßnahmen innerhalb eines bestimmten Gebietes zu koordinieren;
- .15 "Generalsekretär": der Generalsekretär der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation.

#### Chapter 2

# Organization and Co-ordination

- 2.1 Arrangements for provision and co-ordination of search and rescue services
- 2.1.1 Parties shall, as they are able to do so individually or in co-operation with other States and, as appropriate, with the Organization, participate in the development of search and rescue services to ensure that assistance is rendered to any person in distress at sea. On receiving information that any person is, or appears to be, in distress at sea, the responsible authorities of a Party shall take urgent steps to ensure that the necessary assistance is provided.
- 2.1.2 Parties shall, either individually or, if appropriate, in co-operation with other States, establish the following basic elements of a search and rescue service:
- .1 legal framework;
- .2 assignment of a responsible authority;
- .3 organisation of available resources;
- .4 communication facilities;
- .5 co-ordination and operational functions; and
- .6 processes to improve the service including planning, domestic and international co-operative relationships and training.

Parties shall, as far as practicable, follow relevant minimum standards and guidelines developed by the Organization.

- 2.1.3 To help ensure the provision of adequate shore-based communication infrastructure, efficient distress alert routeing, and proper operational co-ordination to effectively support search and rescue services, Parties shall, individually or in cooperation with other States, ensure that sufficient search and rescue regions are established within each sea area in accordance with paragraphs 2.1.4 and 2.1.5. Such regions should be contiguous and, as far as practicable, not overlap.
- 2.1.6 Agreement on the regions or arrangements referred to in paragraphs 2.1.4 and 2.1.5 shall be recorded by the Parties concerned, or in written plans accepted by the Parties.
- 2.1.8 Parties should seek to promote consistency, where applicable, between their maritime and aeronautical search and rescue services while considering the establishment of maritime search and rescue regions which shall be established by agreement in accordance with paragraph

## Chapitre 2

# Organisation et coordination

- 2.1 Dispositions relatives à la mise en place et à la coordination des services de recherche et de sauvetage
- 2.1.1 Les Parties participent, dans la mesure où elles peuvent le faire à titre individuel ou en coopération avec d'autres États et, le cas échéant, avec l'Organisation, au développement de services de recherche et de sauvetage pour garantir qu'une assistance sera fournie à toute personne en détresse en mer. Lorsqu'elles sont informées qu'une personne est, ou semble être, en détresse en mer, les autorités responsables d'une Partie prennent de toute urgence des mesures pour s'assurer que l'assistance nécessaire est fournie.
- 2.1.2 Les Parties mettent en place, soit à titre individuel soit, le cas échéant, en coopération avec d'autres États, les éléments de base suivants d'un service de recherche et de sauvetage:
- .1 un cadre juridique;
- .2 la désignation d'une autorité responsable:
- .3 l'organisation des ressources disponibles;
- .4 les moyens de communication;
- .5 les fonctions de coordination et d'exploitation: et
- .6 les processus susceptibles d'améliorer le service, au nombre desquels figurent la planification, les relations de coopération nationales et internationales et la formation.

Les Parties appliquent, dans toute la mesure du possible, les normes minimales et directives pertinentes établies par l'Organisation.

- 2.1.3 Pour contribuer à garantir que les moyens de radiocommunication à terre sont adaptés et que les alertes de détresse sont acheminées et les opérations coordonnées correctement afin de permettre aux services de recherche et de sauvetage de mener leurs opérations efficacement, les Parties veillent, à titre individuel ou en coopération avec d'autres États, à ce qu'il soit établi un nombre suffisant de régions de recherche et de sauvetage dans chaque zone maritime, conformément aux dispositions des paragraphes 2.1.4 et 2.1.5. Ces régions devraient être contiguës et, dans la mesure du possible, ne pas se chevaucher.
- 2.1.6 Tout accord sur les régions ou les dispositions mentionnées aux paragraphes 2.1.4 et 2.1.5 est enregistré par les Parties intéressées ou consigné par écrit sous forme de plans acceptés par les Parties.
- 2.1.8 Lorsqu'elles envisagent d'établir des régions de recherche et de sauvetage maritimes aux termes d'un accord, de la manière prévue au paragraphe 2.1.4, ou de conclure un accord sur l'adoption de dispositions appropriées, de la manière prévue au paragraphe 2.1.5, les Parties

#### Kapitel 2

# Organisation und Koordinierung

- 2.1 Vorkehrungen für die Bereitstellung und Koordinierung von Such- und Rettungsdiensten
- 2.1.1 Die Vertragsparteien beteiligen sich, je nach ihren Möglichkeiten, individuell oder in Zusammenarbeit mit anderen Staaten und gegebenenfalls mit der Organisation, am Aufbau von Such- und Rettungsdiensten, um sicherzustellen, dass jeder in Seenot geratenen Person Hilfe geleistet wird. Erhalten die zuständigen Behörden der Vertragsparteien eine Nachricht darüber, dass sich eine Person tatsächlich oder anscheinend in Seenot befindet, treffen sie unverzüglich Maßnahmen für die Bereitstellung der erforderlichen Hilfe.
- 2.1.2 Die Vertragsparteien richten, entweder individuell oder, sofern angemessen, in Zusammenarbeit mit anderen Staaten, folgende Grundelemente eines Suchund Rettungsdienstes ein:
- .1 gesetzliche Rahmenbedingungen,
- .2 Benennung einer zuständigen Behörde,
- .3 Organisation der zur Verfügung stehenden Einsatzmittel,
- .4 Kommunikationseinrichtungen,
- .5 Koordination und praktische Durchführung und
- .6 Verfahren zur Verbesserung der Dienste, insbesondere für die Planung, für innerstaatliche und internationale Beziehungen in der Zusammenarbeit und für die Ausbildung.

Die Vertragsparteien befolgen, soweit dies möglich ist, die von der Organisation entwickelten einschlägigen Mindestnormen und Richtlinien.

- 2.1.3 Um die Bereitstellung einer angemessenen landgestützten Infrastruktur für die Nachrichtenübermittlung, wirksame Notfallalarmierungswege und eine sachgerechte betriebliche Koordinierung zur wirksamen Unterstützung der Such- und Rettungsdienste zu fördern, stellen die Vertragsparteien sicher, dass individuell oder in Zusammenarbeit mit anderen Staaten in jedem Seegebiet genügend Such- und Rettungsbereiche nach den Absätzen 2.1.4 und 2.1.5 eingerichtet werden. Diese Bereiche sollen aneinander anschließen und sich möglichst nicht überlappen.
- 2.1.6 Die Vertragsparteien protokollieren die Vereinbarungen über die Bereiche oder Vorkehrungen nach den Absätzen 2.1.4 und 2.1.5 oder legen sie in von ihnen angenommenen schriftlichen Plänen fest.
- 2.1.8 Die Vertragsparteien sollen bei den Erwägungen zur Einrichtung von maritimen Such- und Rettungsbereichen, über die nach Absatz 2.1.4 Vereinbarungen getroffen oder über die nach Absatz 2.1.5 Vorkehrungen vereinbart werden, gegebenenfalls um Übereinstimmung zwischen ihren

- 2.1.4 or the reaching of agreement upon appropriate arrangements in accordance with paragraph 2.1.5.
- 2.1.9 Parties having accepted responsibility to provide search and rescue services for a specified area shall use search and rescue units and other available facilities for providing assistance to a person who is, or appears to be, in distress at sea.
- 2.1.11 Parties shall forward to the Secretary-General information on their search and rescue service, including the:
- .1 national authority responsible for the maritime search and rescue services;
- .2 location of the established rescue coordination centres or other centres providing search and rescue co-ordination, for the search and rescue region or regions and communications therein;
- .3 limits of their search and rescue region or regions and the coverage provided by their shore based distress and safety communication facilities; and
- .4 principal types of available search and rescue units.

Parties shall with priority, update the information provided with respect to any alterations of importance. The Secretary-General shall transmit to all Parties the information received.

- 2.1.12 The Secretary-General shall notify all Parties of the agreements or arrangements referred to in paragraphs 2.1.4 and 2.1.5.
- 2.2 Development of national search and rescue services
- 2.2.1 Parties shall establish appropriate national procedures for overall development, co-ordination, and improvement of search and rescue services.
- 2.2.2 To support efficient search and rescue operations, Parties shall:
- .1 ensure the co-ordinated use of available facilities; and
- .2 establish close co-operation between services and organizations which may contribute to improve the search and rescue service in areas such as operations, planning, training, exercises and research and development.

- devraient s'efforcer de veiller, lorsqu'il y a lieu, à ce que leurs services de recherche et de sauvetage aéronautiques et maritimes soient cohérents.
- 2.1.9 Les Parties qui ont accepté la responsabilité de fournir des services de recherche et de sauvetage dans une zone particulière font appel à des unités de recherche et de sauvetage et à d'autres moyens disponibles pour prêter assistance à une personne qui est ou semble être en détresse en mer.
- 2.1.11 Les Parties communiquent au Secrétaire général des renseignements sur leurs services de recherche et de sauvetage et, notamment, sur:
- .1 l'autorité nationale responsable des services de recherche et de sauvetage maritimes:
- .2 l'emplacement des centres de coordination de sauvetage établis ou d'autres centres qui assurent la coordination des opérations de recherche et de sauvetage dans la ou les régions de recherche et de sauvetage et les moyens de communication dans ces régions;
- .3 les limites de leur(s) région(s) de recherche et de sauvetage et la couverture assurée par leurs moyens terrestres de communications de détresse et de sécurité; et
- .4 les principaux types d'unités de recherche et de sauvetage qui sont à leur disposition.

Les Parties mettent à jour, à titre prioritaire, les renseignements fournis pour indiquer toute modification importante. Le Secrétaire général communique les renseignements reçus à toutes les Parties.

- 2.1.12 Le Secrétaire général notifie à toutes les Parties les accords ou dispositions mentionnés aux paragraphes 2.1.4 et 2.1.5.
- 2.2 Mise en place des services nationaux de recherche et de sauvetage
- 2.2.1 Les Parties établissent les procédures nationales nécessaires à la mise en place, à la coordination et à l'amélioration générales des services de recherche et de sauvetage.
- 2.2.2 Pour permettre aux opérations de recherche et de sauvetage d'être menées efficacement, les Parties:
- veillent à ce que les moyens disponibles soient utilisés de manière coordonnée;
- .2 établissent une étroite coopération entre les services et organismes susceptibles de contribuer à améliorer le service de recherche et de sauvetage dans des domaines tels que les opérations, la planification, la formation, les exercices, ainsi que la recherche et le développement.

maritimen und aeronautischen Such- und Rettungsdiensten bemüht sein.

- 2.1.9 Vertragsparteien, die für einen festgelegten Bereich den Such- und Rettungsdienst verantwortlich übernommen haben, stellen sicher, dass Such- und Rettungseinheiten und andere verfügbare Einsatzmittel zur Hilfeleistung für Personen bereitgestellt werden, die sich tatsächlich oder anscheinend in Seenot befinden.
- 2.1.11 Die Vertragsparteien übermitteln dem Generalsekretär Informationen über ihren Such- und Rettungsdienst, insbesondere Angaben über
- die nationale Behörde, die für den maritimen Such- und Rettungsdienst zuständig ist,
- .2 die Standorte der festgelegten Rettungsleitstellen oder sonstigen Leitstellen, welche die Koordinierung von Suche und Rettung für den Such- und Rettungsbereich beziehungsweise die Such- und Rettungsbereiche sowie die Kommunikation innerhalb dieser wahrnehmen,
- .3 die Grenzen ihres Such- und Rettungsbereichs beziehungsweise der Suchund Rettungsbereiche und den Abdeckungsbereich ihrer landgestützten Einrichtungen zur Abwicklung der Notund Sicherheitskommunikation sowie
- .4 die hauptsächlichen Arten der zur Verfügung stehenden Such- und Rettungseinheiten.

Die Vertragsparteien stellen vorrangig sicher, dass die von ihnen verbreiteten Informationen hinsichtlich wichtiger Änderungen auf dem neuesten Stand gehalten werden. Der Generalsekretär übermittelt die erhaltenen Informationen an alle Vertragsparteien.

- 2.1.12 Der Generalsekretär unterrichtet alle Vertragsparteien über Vereinbarungen oder Vorkehrungen nach den Absätzen 2.1.4 und 2.1.5.
- 2.2 Entwicklung nationaler Such- und Rettungsdienste
- 2.2.1 Die Vertragsparteien legen angemessene nationale Verfahrensweisen für eine umfassende Entwicklung, Koordinierung und Verbesserung der Such- und Rettungsdienste fest.
- 2.2.2 Zur Unterstützung wirksamer Such- und Rettungsmaßnahmen sorgen die Vertragsparteien für
- .1 einen koordinierten Einsatz der verfügbaren Einsatzmittel,
- .2 eine enge Zusammenarbeit zwischen Diensten und Organisationen, die zu einer Verbesserung der Such- und Rettungsdienste in Bereichen wie Durchführung, Planung, Ausbildung, Übungen sowie Forschung und Entwicklung beitragen können.

- 2.3 Establishment of rescue co-ordination centres and rescue sub-centres
- 2.3.1 To meet the requirements of paragraph 2.2, Parties shall individually or in cooperation with other States establish rescue co-ordination centres for their search and rescue services and such rescue subcentres as they consider appropriate.
- 2.3.2 Each rescue co-ordination centre and rescue subcentre, established in accordance with paragraph 2.3.1, shall arrange for the receipt of distress alerts originating from within its search and rescue region. Every such centre shall also arrange for communications with persons in distress, with search and rescue facilities, and with other rescue co-ordination centres or rescue subcentres.
- 2.3.3 Each rescue co-ordination centre shall be operational on a 24-hour basis and be constantly staffed by trained personnel having a working knowledge of the English language.
- 2.4 Co-ordination with aeronautical services
- 2.4.1 Parties shall ensure the closest practicable co-ordination between maritime and aeronautical services so as to provide for the most effective and efficient search and rescue services in and over their search and rescue regions.
- 2.4.2 Whenever practicable, each Party should establish joint rescue co-ordination centres and rescue sub-centres to serve both maritime and aeronautical purposes.
- 2.4.3 Whenever separate maritime and aeronautical rescue co-ordination centres or rescue sub-centres are established to serve the same area, the Party concerned shall ensure the closest practicable co-ordination between the centres or sub-centres.
- 2.4.4 Parties shall ensure as far as is possible the use of common procedures by search and rescue units established for maritime purposes and those established for aeronautical purposes.
- 2.5 Designation of search and rescue facilities

Parties shall identify all facilities able to participate in search and rescue operations, and may designate suitable facilities as search and rescue units.

- 2.3 Création de centres de coordination de sauvetage et de centres secondaires de sauvetage
- 2.3.1 En application des dispositions du paragraphe 2.2, les Parties créent, à titre individuel ou en coopération avec d'autres États, des centres de coordination de sauvetage pour les services de recherche et de sauvetage dont elles ont la responsabilité, ainsi que les centres secondaires de sauvetage qui leur semblent nécessaires.
- 2.3.2 Chacun des centres de coordination de sauvetage et des centres secondaires de sauvetage créés conformément aux dispositions du paragraphe 2.3.1 prend les dispositions nécessaires pour recevoir les alertes de détresse provenant de sa région de recherche et de sauvetage. Tout centre ainsi créé prend également les dispositions nécessaires pour communiquer avec les personnes en détresse, les moyens de recherche et de sauvetage et les autres centres de coordination de sauvetage ou centres secondaires de sauvetage.
- 2.3.3 Tout centre de coordination de sauvetage doit être opérationnel 24 heures sur 24 et être doté en permanence de personnel ayant reçu une formation et ayant une connaissance pratique de la langue anglaise.
- 2.4 Coordination avec les services aéronautiques
- 2.4.1 Les Parties veillent à assurer une coordination aussi étroite que possible entre les services maritimes et aéronautiques afin d'établir des services de recherche et de sauvetage aussi efficaces que possible à l'intérieur et au-dessus de leurs régions de recherche et de sauvetage.
- 2.4.2 Lorsque cela est possible, toute Partie devrait établir des centres de coordination de sauvetage et des centres secondaires de sauvetage mixtes, qui soient utilisables à la fois à des fins maritimes et aéronautiques.
- 2.4.3 Lorsqu'il est établi des centres de coordination de sauvetage ou des centres secondaires de sauvetage distincts pour les opérations maritimes et aéronautiques dans une même zone, la Partie intéressée assure une coordination aussi étroite que possible entre les centres ou les centres secondaires.
- 2.4.4 Les Parties veillent à ce que les unités de recherche et de sauvetage mises en place à des fins maritimes et celles mises en place à des fins aéronautiques utilisent, dans toute la mesure du possible, des procédures communes.
- 2.5 Désignation des moyens de recherche et de sauvetage

Les Parties recensent tous les moyens dont elles disposent pour participer aux opérations de recherche et de sauvetage et peuvent désigner des moyens adaptés comme unités de recherche et de sauvetade.

- 2.3 Einrichtung von Rettungsleitstellen und Rettungsunterleitstellen
- 2.3.1 Zur Erfüllung der Anforderungen des Absatzes 2.2 richten die Vertragsparteien individuell oder in Zusammenarbeit mit anderen Staaten Rettungsleitstellen für ihre Such- und Rettungsdienste sowie nach ihrem eigenen Ermessen Rettungsunterleitstellen ein.
- 2.3.2 Jede nach Absatz 2.3.1 eingerichtete Rettungsleitstelle und Rettungsunterleitstelle stellt den Empfang von Notalarmen aus ihrem Such- und Rettungsbereich sicher. Jede Leitstelle und Unterleitstelle trifft außerdem Vorkehrungen für den Nachrichtenaustausch mit in Not befindlichen Personen, mit Such- und Rettungsmitteln sowie mit anderen Rettungsleitstellen und Rettungsunterleitstellen.
- 2.3.3 Jede Rettungsleitstelle stellt bei ständiger Besetzung mit ausgebildetem Personal, das über ausreichende Kenntnisse der englischen Sprache verfügt, rund um die Uhr ihre Betriebsbereitschaft sicher.
- 2.4 Zusammenarbeit mit aeronautischen Diensten
- 2.4.1 Die Vertragsparteien stellen die engstmögliche Koordinierung zwischen den maritimen und aeronautischen Diensten sicher, um möglichst wirksame und wirkungsvolle Such- und Rettungsdienste in und über ihren Such- und Rettungsbereichen zu gewährleisten.
- 2.4.2 Jede Vertragspartei soll, wenn immer dies möglich ist, gemeinsame Rettungsleitstellen und Rettungsunterleitstellen für aeronautische und maritime Zwecke einrichten.
- 2.4.3 Immer wenn getrennte maritime und aeronautische Rettungsleitstellen oder Rettungsunterleitstellen in demselben Gebiet eingerichtet werden, stellt die betreffende Vertragspartei die größtmögliche Koordinierung zwischen den Leitstellen und Unterleitstellen sicher.
- 2.4.4 Die Vertragsparteien stellen sicher, dass, soweit möglich, von den für maritime und aeronautische Zwecke eingerichteten Rettungseinheiten gemeinsame Verfahren angewendet werden.
- 2.5 Bestimmung von Such- und Rettungseinheiten

Die Vertragsparteien weisen alle Einrichtungen aus, die in der Lage sind, an Suchund Rettungsmaßnahmen teilzunehmen, und können geeignete Einrichtungen zu Such- und Rettungseinheiten ernennen.

- 2.6 Equipment of search and rescue units
- 2.6.1 Each search and rescue unit shall be provided with equipment appropriate to its task.
- 2.6.2 Containers and packages containing survival equipment for dropping to survivors should have the general nature of their contents indicated by markings in accordance with standards adopted by the Organization.

#### Chapter 3

# Co-operation between States

- 3.1 Co-operation between States
- 3.1.1 Parties shall co-ordinate their search and rescue organizations and should, whenever necessary, co-ordinate search and rescue operations with those of neighbouring States.
- 3.1.4 The responsible authorities of Parties shall:
- .1 immediately acknowledge the receipt of such a request; and
- .2 as soon as possible indicate the conditions, if any, under which the projected mission may be undertaken.
- 3.1.5 Parties should enter into agreements with neighbouring States setting forth the conditions for entry of each other's search and rescue units into or over their respective territorial sea or territory. These agreements should also provide for expediting entry of such units with the least possible formalities.
- 3.1.6 Each Party should authorize its rescue co-ordination centres:
- .1 to request from other rescue co-ordination centres such assistance, including vessels, aircraft, personnel or equipment, as may be needed;
- .2 to grant any necessary permission for the entry of such vessels, aircraft, personnel or equipment into or over its territorial sea or territory; and
- .3 to make the necessary arrangements with the appropriate customs, immigration, health or other authorities with a view to expediting such entry.
- 3.1.7 Each Party shall ensure that its rescue co-ordination centres provide, when requested, assistance to other rescue co-ordination centres, including assistance in the form of vessels, aircraft, personnel or equipment.

- 2.6 Équipement des unités de recherche et de sauvetage
- 2.6.1 Chaque unité de recherche et de sauvetage est dotée de l'équipement nécessaire à l'accomplissement de sa tâche
- 2.6.2 La nature générale du contenu des conteneurs ou des chaînes largables à l'intention des survivants devrait être indiquée au moyen de marques conformes aux normes que l'Organisation a adoptées.

#### Chapitre 3

# Coopération entre États

- 3.1 Coopération entre États
- 3.1.1 Les Parties coordonnent leurs services de recherche et de sauvetage et devraient, chaque fois que cela est nécessaire, coordonner leurs opérations de recherche et de sauvetage avec celles des États voisins.
- 3.1.4 Les autorités responsables des Parties:
- .1 accusent immédiatement réception de cette demande; et
- .2 indiquent dès que possible, le cas échéant, les conditions dans lesquelles la mission projetée peut être effectuée.
- 3.1.5 Les Parties devraient conclure avec les États voisins des accords spécifiant les conditions d'admission réciproque des unités de recherche et de sauvetage dans les limites ou au-dessus de leur mer territoriale ou de leur territoire. Ces accords devraient également prévoir des dispositions visant à accélérer l'admission de ces unités en évitant autant que possible toute formalité.
- 3.1.6 Toute Partie devrait autoriser ses centres de coordination de sauvetage:
- .1 à demander à tout autre centre de coordination de sauvetage les secours dont ils peuvent avoir besoin (navires, aéronefs, personnel et matériel, etc.);
- .2 à accorder l'autorisation nécessaire pour permettre à ces navires, aéronefs, personnel ou matériel de pénétrer dans sa mer territoriale ou sur son territoire ou de les survoler: et
- .3 à faire les démarches nécessaires auprès des services compétents des douanes, de l'immigration, de la santé ou autres, afin d'accélérer les formalités d'admission.
- 3.1.7 Toute Partie veille à ce que ses centres de coordination de sauvetage fournissent sur demande une assistance à d'autres centres de coordination de sauvetage et notamment à mettre à leur disposition des navires, des aéronefs, du personnel ou du matériel.

- 2.6 Ausrüstung von Such- und Rettungseinheiten
- 2.6.1 Jede Such- und Rettungseinheit muss ihrer Aufgabe entsprechend ausgerüstet sein.
- 2.6.2 Behälter und Verpackungen mit Überlebensausrüstung zum Abwurf bei Überlebenden sollen dem allgemeinen Inhalt entsprechend durch den Anforderungen der Organisation entsprechende Markierungen gekennzeichnet sein.

#### Kapitel 3

# Zusammenarbeit zwischen den Staaten

- 3.1 Zusammenarbeit zwischen den Staaten
- 3.1.1 Die Vertragsparteien koordinieren ihre Such- und Rettungsorganisationen und sollen erforderlichenfalls die Such- und Rettungsmaßnahmen mit denen ihrer Nachbarstaaten koordinieren.
- 3.1.4 Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien
- .1 bestätigen sofort den Empfang eines solchen Antrags und
- .2 geben so bald wie möglich etwaige Bedingungen bekannt, unter denen der geplante Einsatz durchgeführt werden kann.
- 3.1.5 Die Vertragsparteien sollen mit ihren Nachbarstaaten Vereinbarungen schließen, in denen die Bedingungen enthalten sind, unter denen die jeweiligen Rettungseinheiten in ihr Küstenmeer oder Hoheitsgebiet einfahren oder es überfliegen dürfen. Diese Vereinbarungen sollen auch ein beschleunigtes Einfahren oder Überfliegen dieser Einheiten vorsehen, wobei Formalitäten möglichst zu vermeiden sind.
- 3.1.6 Jede Vertragspartei soll ihre Rettungsleitstellen ermächtigen,
- .1 von anderen Rettungsleitstellen nach Bedarf jede erforderliche Hilfe, insbesondere Schiffe, Luftfahrzeuge, Personal oder Ausrüstung, anzufordern,
- .2 solchen Schiffen, Luftfahrzeugen, solcher Ausrüstung oder solchem Personal eine etwa notwendige Erlaubnis zu erteilen, in ihr Küstenmeer oder Hoheitsgebiet einzufahren oder es zu überfliegen, sowie
- .3 bei den zuständigen Zoll-, Einwanderungs- oder sonstigen Behörden die erforderlichen Vorkehrungen zur Beschleunigung des Einfahrens oder Überfliegens zu treffen.
- 3.1.7 Jede Vertragspartei ermächtigt ihre Rettungsleitstellen, auf Ersuchen anderen Rettungsleitstellen in Form von Schiffen, Luftfahrzeugen, Personal oder Ausrüstung Hilfe zu leisten.

3.1.8 Parties should enter into agreements with other States, where appropriate, to strengthen search and rescue cooperation and co-ordination. Parties shall authorize their responsible authority to make operational plans and arrangements for search and rescue co-operation and co-ordination with responsible authorities of other States.

3.1.8 Les Parties devraient conclure des accords avec d'autres États, s'il y a lieu, pour renforcer la coopération et la coordination en matière de recherche et de sauvetage. Les Parties habilitent leur autorité responsable à planifier, au niveau de l'exécution des opérations, et organiser la coopération et la coordination susvisées avec les autorités responsables d'autres États.

3.1.8 Die Vertragsparteien sollen gegebenenfalls mit den Nachbarstaaten Vereinbarungen zur Stärkung der Zusammenarbeit und Koordinierung bei der Suche und Rettung treffen. Die Vertragsparteien ermächtigen ihre zuständige Behörde, mit den zuständigen Behörden anderer Staaten Einsatzpläne und Vorkehrungen für die Zusammenarbeit und Koordinierung bei der Suche und Rettung zu erstellen.

# Chapter 4

#### **Operating Procedures**

#### 4.1 Preparatory measures

- 4.1.1 Each rescue co-ordination centre and rescue sub-centre shall have available up-to-date information especially concerning search and rescue facilities and available communications relevant to search and rescue operations in its area.
- 4.1.2 Each rescue co-ordination centre and rescue sub-centre should have ready access to information regarding the position, course, and speed of vessels within its area which may be able to provide assistance to persons, vessels or other craft in distress at sea, and regarding how to contact them. This information should either be kept in the rescue co-ordination centre, or be readily obtainable when necessary.
- 4.1.3 Each rescue co-ordination centre and rescue sub-centre shall have detailed plans of operation for the conduct of search and rescue operations. Where appropriate, these plans shall be developed jointly with the representatives of those who may assist in providing, or who may benefit from, the search and rescue services.
- 4.1.4 Rescue co-ordination centres or sub-centres shall be kept informed of the state of preparedness of search and rescue units.
- 4.2 Information concerning emergencies
- 4.2.1 Parties, either individually or in cooperation with other States shall ensure that they are capable on a 24-hour basis of promptly and reliably receiving distress alerts from equipment used for this purpose within their search and rescue regions. Any alerting post receiving a distress alert shall:
- .1 immediately relay the alert to the appropriate rescue co-ordination centre or sub-centre, and then assist with search and rescue communications as appro-

#### Chapitre 4

## Procédures de mise en œuvre

#### 4.1 Mesures préliminaires

- 4.1.1 Chaque centre de coordination de sauvetage et chaque centre secondaire de sauvetage doit disposer d'informations à jour dans les domaines qui présentent un intérêt pour les opérations de recherche et de sauvetage dans sa zone, en particulier en ce qui concerne les moyens de recherche et de sauvetage et les moyens de communication disponibles.
- 4.1.2 Chaque centre de coordination de sauvetage et chaque centre secondaire de sauvetage devrait pouvoir obtenir facilement des renseignements concernant la position, le cap et la vitesse des navires situés dans sa zone qui sont susceptibles de fournir une assistance aux personnes, aux navires ou aux autres engins en détresse en mer, et concernant la manière de procéder pour les contacter. Ces renseignements devraient soit être conservés par le centre de coordination de sauvetage, soit être facilement disponibles en cas de besoin.
- 4.1.3 Chaque centre de coordination de sauvetage et chaque centre secondaire de sauvetage ont à leur disposition des plans opérationnels détaillés pour la conduite des opérations de recherche et de sauvetage. S'il y a lieu, ces plans sont élaborés en collaboration avec les représentants d'entités qui peuvent aider à fournir les services de recherche et de sauvetage ou qui peuvent en bénéficier.
- 4.1.4 Les centres de coordination de sauvetage ou les centres secondaires de sauvetage sont tenus au courant de l'état de disponibilité des unités de recherche et de sauvetage.
- 4.2 Renseignements relatifs aux cas d'urgence
- 4.2.1 Les Parties s'assurent, à titre individuel ou en coopération avec d'autres États, qu'elles sont en mesure de recevoir 24 heures sur 24, de manière fiable et rapide, les alertes de détresse émanant de matériel utilisé à cette fin dans leurs régions de recherche et de sauvetage. Tout poste d'alerte qui reçoit une alerte de détresse:
- .1 relaie immédiatement cette alerte au centre de coordination de sauvetage ou au centre secondaire de sauvetage approprié puis fournit l'assistance

#### Kapitel 4

#### Betriebsverfahren

#### 4.1 Vorbereitende Maßnahmen

- 4.1.1 Jede Rettungsleitstelle und jede Rettungsunterleitstelle verfügt über stets auf dem neuesten Stand gehaltene Informationen, die für Such- und Rettungsmaßnahmen in ihrem Gebiet wichtig sind, insbesondere über Angaben zu Such- und Rettungseinrichtungen und zu verfügbaren Kommunikationseinrichtungen.
- 4.1.2 Jede Rettungsleitstelle und jede Rettungsunterleitstelle soll jederzeit Zugang zu Informationen über Position, Kurs und Geschwindigkeit der Schiffe innerhalb ihres Gebiets haben, die in Seenot befindlichen Personen, Schiffen oder anderen Fahrzeugen Hilfe leisten können, und darüber, wie zu ihnen Verbindung aufgenommen werden kann. Diese Informationen sollen entweder in der Rettungsleitstelle aufbewahrt werden oder bei Bedarf jederzeit verfügbar sein.
- 4.1.3 Jede Rettungsleitstelle und jede Rettungsunterleitstelle verfügt über detaillierte Einsatzpläne zur Durchführung von Such- und Rettungsmaßnahmen. Gegebenenfalls werden diese Pläne gemeinsam mit Vertretern derjenigen Stellen erstellt, die zu der Vorhaltung der Such- und Rettungsdienste beitragen oder denen sie möglicherweise zugute kommen.
- 4.1.4 Rettungsleitstellen oder Rettungsunterleitstellen werden über den Bereitschaftsstand der Such- und Rettungseinheiten unterrichtet gehalten.

## 4.2 Unterrichtung über Notlagen

- 4.2.1 Die Vertragsparteien stellen entweder individuell oder in Zusammenarbeit mit anderen Staaten sicher, dass sie rund um die Uhr in der Lage sind, sofort und verlässlich Notsignale von hierfür in ihrem Such- und Rettungsgebiet verwendeter Ausrüstung zu empfangen. Jede Bereitschaftsstelle, die einen Notalarm empfängt,
- .1 leitet den Alarm unverzüglich an die entsprechende Rettungsleitstelle oder Rettungsunterleitstelle weiter und gewährt sodann Unterstützung bei der

priate; and

- .2 if practicable acknowledge the alert.
- 4.2.2 Parties shall, where appropriate, ensure that effective arrangements are in place for the registration of communication equipment and for responding to emergencies, to enable any rescue co-ordination centre or sub-centre to access pertinent registration information quickly.
- 4.2.3 Any authority or element of the search and rescue service having reason to believe that a person, a vessel or other craft is in a state of emergency shall forward as soon as possible all available information to the rescue co-ordination centre or rescue sub-centre concerned.
- 4.2.4 Rescue co-ordination centres and rescue sub-centres shall, immediately upon receipt of information concerning a person, a vessel, or other craft in a state of emergency, evaluate such information and determine the phase of emergency in accordance with paragraph 4.4, and the extent of operations required.

#### 4.3 Initial action

Any search and rescue unit receiving information of a distress incident shall initially take immediate action if in the position to assist and shall, in any case without delay, notify the rescue co-ordination centre or rescue sub-centre in whose area the incident has occurred.

#### 4.4 Emergency phases

To assist in determining the appropriate operating procedures, the following emergency phases shall be distinguished by the rescue co-ordination centre or sub-centre concerned:

- .1 Uncertainty phase:
- .1.1 when a person has been reported as missing, or a vessel or other craft is overdue; or
- .1.2 when a person, a vessel or other craft has failed to make an expected position or safety report.
- .2 Alert phase:
- .2.1 when, following the uncertainty phase, attempts to establish contact with a person, a vessel or other craft have failed and inquiries addressed to other appropriate sources have been unsuccessful; or
- .2.2 when information has been received indicating that the operating efficiency of a vessel or other craft is impaired, but not to the extent that a distress sit-

nécessaire en matière de communications de recherche et de sauvetage;

- .2 si cela lui est possible, accuse réception de l'alerte.
- 4.2.2 Les Parties veillent, le cas échéant, à ce que des dispositions efficaces soient prises pour immatriculer le matériel de communication et faire face aux situations d'urgence, afin de permettre à tout centre de coordination de sauvetage ou centre secondaire de sauvetage d'accéder rapidement aux renseignements pertinents sur l'immatriculation.
- 4.2.3 Toute autorité ou tout élément des services de recherche et de sauvetage qui a des raisons de croire qu'une personne, un navire ou un autre engin, se trouve dans une situation d'urgence doit, aussitôt que possible, communiquer tous les renseignements disponibles au centre de coordination de sauvetage ou au centre secondaire de sauvetage compétent.
- 4.2.4 Les centres de coordination de sauvetage et les centres secondaires de sauvetage doivent, dès réception des renseignements relatifs à une personne, un navire ou un autre engin en situation d'urgence, évaluer ces renseignements et déterminer la phase d'urgence conformément au paragraphe 4.4, ainsi que l'ampleur des opérations nécessaires.

#### 4.3 Déclenchement des opérations

Toute unité de recherche et de sauvetage qui a connaissance d'un cas de détresse prend tout d'abord immédiatement des dispositions, si elle est en mesure de prêter assistance et, en tout cas, avise sans tarder, le centre de coordination de sauvetage ou le centre secondaire de sauvetage de la zone où s'est produit le cas de détresse.

#### 4.4 Phases d'urgence

Pour déterminer plus facilement les procédures de mise en oeuvre à suivre, le centre de coordination de sauvetage ou le centre secondaire de sauvetage compétent distingue les phases d'urgence ci-après:

- .1 Phase d'incertitude:
- .1.1 lorsqu'une personne a été portée disparue ou qu'un navire ou autre engin n'est pas arrivé à destination; ou
- .1.2 lorsqu'une personne, un navire ou un autre engin n'a pas signalé comme prévu sa position ou son état de sécurité.
- .2 Phase d'alerte:
- .2.1 lorsqu'à la suite d'une phase d'incertitude, les tentatives visant à établir le contact avec une personne, un navire ou un autre engin ont échoué ou lorsque les enquêtes effectuées auprès d'autres sources appropriées sont restées sans résultat; ou
- .2.2 lorsque les informations reçues indiquent que l'efficacité du fonctionnement d'un navire ou autre engin est compromise, sans toutefois que cette

Abwicklung der Kommunikation im Zusammenhang mit der Suche und Rettung und

- .2 bestätigt, wenn möglich, den Alarm.
- 4.2.2. Die Vertragsparteien stellen sicher, dass gegebenenfalls wirksame Vereinbarungen über die Registrierung von Kommunikationsausrüstungen und für die Reaktion auf Notfälle getroffen sind, um jeder Rettungsleitstelle oder Rettungsunterleitstelle einen schnellen Zugriff auf einschlägige registrierte Informationen zu ermöglichen.
- 4.2.3 Jede Behörde beziehungsweise jede Gliederung des Such- und Rettungsdienstes, die Grund zu der Annahme hat, dass sich eine Person, ein Schiff oder ein anderes Fahrzeug in einer Notlage befindet, leitet so schnell wie möglich alle verfügbaren Informationen an die entsprechende Rettungsleitstelle oder Rettungsunterleitstelle weiter.
- 4.2.4 Rettungsleitstellen und Rettungsunterleitstellen werten unmittelbar nach dem Empfang von Informationen über eine Person, ein Schiff oder ein anderes Fahrzeug in einer Notlage diese Informationen aus und legen die entsprechende Notfallstufe nach Absatz 4.4 sowie den Umfang der erforderlichen Maßnahmen fest.

#### 4.3 Sofortmaßnahmen

Jede Such- und Rettungseinheit, die von einem Notfall Kenntnis erhält, leitet – soweit sie zur Hilfeleistung in der Lage ist – umgehend Sofortmaßnahmen ein und benachrichtigt in jedem Fall unverzüglich die Rettungsleitstelle oder Rettungsunterleitstelle, in deren Gebiet sich der Vorfall ereignet hat.

#### 4.4 Alarmstufen

Zur Unterstützung bei der Festlegung, welche Maßnahmen durchzuführen sind, unterscheiden die betreffenden Rettungsleitstellen oder Rettungsunterleitstellen folgende Alarmstufen:

- .1 Ungewissheitsstufe; sie gilt,
- .1.1 wenn eine Person als vermisst oder wenn ein Schiff oder ein anderes Fahrzeug als überfällig gemeldet wurde, oder
- .1.2 wenn eine Person, ein Schiff oder ein anderes Fahrzeug eine erwartete Positions- oder Sicherheitsmeldung nicht abgegeben hat.
- .2 Bereitschaftsstufe; sie gilt,
- .2.1 wenn im Anschluss an die Ungewissheitsstufe Versuche zur Verbindungsaufnahme mit einer Person, einem Schiff oder einem anderen Fahrzeug fehlgeschlagen sind und Nachforschungen bei anderen geeigneten Stellen erfolglos waren, oder
- .2.2 wenn Informationen eingegangen sind, die darauf hinweisen, dass die Betriebstüchtigkeit eines Schiffes oder eines anderen Fahrzeugs beein-

uation is likely.

- .3 Distress phase:
- .3.1 when positive information is received that a person, a vessel or other craft is in danger and in need of immediate assistance; or
- .3.2 when, following the alert phase, further unsuccessful attempts to establish contact with a person, a vessel or other craft and more widespread unsuccessful inquiries point to the probability that a distress situation exists; or
- .3.3 when information is received which indicates that the operating efficiency of a vessel or other craft has been impaired to the extent that a distress situation is likely.
- 4.5 Procedures to be followed by rescue co-ordination centres and rescue subcentres during emergency phases
- 4.5.1 Upon the declaration of the uncertainty phase, the rescue co-ordination centre or rescue sub-centre, as appropriate, shall initiate inquiries to determine the safety of a person, a vessel or other craft, or shall declare the alert phase.
- 4.5.2 Upon the declaration of the alert phase, the rescue co-ordination centre or rescue sub-centre, as appropriate, shall extend the inquiries for the missing person, vessel or other craft, alert appropriate search and rescue services and initiate such action, as is necessary in the light of the circumstances of the particular case.
- 4.5.3 Upon the declaration of the distress phase, the rescue co-ordination centre or rescue sub-centre, as appropriate, shall proceed as prescribed in its plans of operation, as required by paragraph 4.1.
- 4.5.4 Initiation of search and rescue operations when the position of the search object is unknown.

In the event of an emergency phase being declared for a search object whose position is unknown, the following shall apply:

- .1 when an emergency phase exists, a rescue co-ordination centre or rescue sub-centre shall, unless it is aware that other centres are taking action, assume responsibility for initiating suitable action and confer with other centres with the objective of designating one centre to assume responsibility;
- .2 unless otherwise decided by agreement between the centres concerned,

situation risque de conduire à un cas de détresse.

- .3 Phase de détresse:
- .3.1 lorsque les renseignements reçus indiquent d'une manière claire qu'une personne, un navire ou un autre engin est en danger et doit faire l'objet d'une assistance immédiate; ou
- .3.2 lorsqu'à la suite de la phase d'alerte, toute nouvelle tentative visant à établir un contact avec une personne, un navire ou un autre engin et toute enquête plus étendue restent sans résultat, ce qui conduit à penser qu'il existe sans doute un cas de détresse;
- .3.3 lorsque les informations reçues indiquent que l'efficacité du fonctionnement d'un navire ou d'un autre engin est compromise de telle sorte qu'un cas de détresse est vraisemblable.
- 4.5 Procédures que doivent suivre les centres de coordination de sauvetage et les centres secondaires de sauvetage pendant les phases d'urgence
- 4.5.1 Lorsqu'une phase d'incertitude est déclarée, le centre de coordination de sauvetage ou le centre secondaire de sauvetage, le cas échéant, ouvre une enquête pour déterminer l'état de sécurité d'une personne, d'un navire ou d'un autre engin, ou déclenche la phase d'alerte.
- 4.5.2 Lorsqu'une phase d'alerte est déclarée, le centre de coordination de sauvetage ou le centre secondaire de sauvetage, le cas échéant, étend l'enquête entreprise pour tenter de retrouver la personne, le navire ou autre engin disparus, avise les services compétents de recherche et de sauvetage et déclenche les mesures nécessaires en fonction des circonstances propres à chaque cas.
- 4.5.3 Lorsqu'une phase de détresse est déclarée, le centre de coordination de sauvetage ou le centre secondaire de sauvetage, le cas échéant, procède de la manière prescrite dans ses plans opérationnels, comme exigé au paragraphe 4.1.
- 4.5.4 Déclenchement des opérations de recherche et de sauvetage lorsque la position de l'objet recherché est inconnue

Dans le cas où une phase d'urgence serait déclarée concernant un objet recherché dont la position est inconnue, les dispositions ci-après sont applicables:

- .1 lorsqu'une phase d'urgence existe, un centre de coordination de sauvetage ou un centre secondaire de sauvetage doit, à moins qu'il sache que d'autres centres prennent des mesures, se charger de déclencher les mesures nécessaires et conférer avec d'autres centres afin de désigner un centre qui assume la responsabilité des opérations;
- .2 sauf décision contraire prise d'un commun accord par les centres intéressés,

trächtigt ist, jedoch nicht in dem Maße, dass eine Notlage wahrscheinlich ist.

- .3 Notstufe; sie gilt,
- .3.1 wenn gesicherte Informationen eingehen, dass sich eine Person, ein Schiff oder ein anderes Fahrzeug in Gefahr befindet und unmittelbarer Hilfe bedarf, oder
- .3.2 wenn im Anschluss an die Bereitschaftsstufe weitere erfolglose Versuche zur Verbindungsaufnahme mit einer Person, einem Schiff oder einem anderen Fahrzeug und umfangreichere erfolglose Nachforschungen auf die Wahrscheinlichkeit hindeuten, dass eine Notsituation vorliegt, oder
- .3.3 wenn Informationen eingehen, die darauf hinweisen, dass die Betriebstüchtigkeit eines Schiffes oder eines anderen Fahrzeugs in einem Ausmaß beeinträchtigt ist, dass eine Notlage wahrscheinlich ist.
- 4.5 Vorgehen der Rettungsleitstellen und Rettungsunterleitstellen während der einzelnen Alarmstufen
- 4.5.1 Bei Erklärung der Ungewissheitsstufe beginnt die Rettungsleitstelle beziehungsweise Rettungsunterleitstelle mit Nachforschungen über die Sicherheit einer Person, eines Schiffes oder eines anderen Fahrzeugs, oder sie erklärt die Bereitschaftsstufe.
- 4.5.2 Bei Erklärung der Bereitschaftsstufe weitet die Rettungsleitstelle beziehungsweise Rettungsunterleitstelle die Nachforschungen nach der vermissten Person, dem vermissten Schiff oder dem vermissten anderen Fahrzeug aus, alarmiert die entsprechenden Such- und Rettungsdienste und leitet jeweils die Maßnahmen ein, die in Anbetracht der Umstände des Einzelfalles erforderlich sind.
- 4.5.3 Bei Erklärung der Notstufe verfährt die Rettungsleitstelle beziehungsweise Rettungsunterleitstelle entsprechend den in Absatz 4.1 vorgeschriebenen Einsatzplänen.
- 4.5.4 Einleitung von Such- und Rettungsmaßnahmen für ein Suchobjekt, dessen Position unbekannt ist

Wird eine Alarmstufe für ein Suchobjekt, dessen Position unbekannt ist, erklärt, so gilt folgendes:

- .1 Wenn eine Alarmstufe besteht, so übernimmt eine Rettungsleitstelle oder Rettungsunterleitstelle die Zuständigkeit für die Einleitung geeigneter Maßnahmen und berät sich mit anderen Stellen mit dem Ziel, eine Stelle zu bestimmen, welche die Zuständigkeit übernimmt, es sei denn, dass ihres Wissens bereits andere Stellen tätig werden.
- .2 Sofern nicht durch Vereinbarung zwischen den betroffenen Stellen etwas

the centre to be designated shall be the centre responsible for the area in which the search object was according to its last reported position; and

- .3 after the declaration of the distress phase, the centre co-ordinating the search and rescue operations shall, as appropriate, inform other centres of all the circumstances of the emergency and of all subsequent developments.
- 4.5.5 Passing information to persons, vessels, or other craft for which an emergency phase has been declared

Whenever possible, the rescue co-ordination centre or rescue sub-centre responsible for search and rescue operations shall forward to the person, a vessel or other craft for which an emergency phase has been declared, information on the search and rescue operations it has initiated.

4.6 Co-ordination when two or more Parties are involved

For search and rescue operations involving more than one Party, each Party shall take appropriate action in accordance with the plans of operation referred to in paragraph 4.1 when so requested by the rescue coordination centre of the region.

- 4.7 On-scene co-ordination of search and rescue activities
- 4.7.1 The activities of search and rescue units and other facilities engaged in search and rescue operations shall be co-ordinated on-scene to ensure the most effective results.
- 4.7.2 When multiple facilities are about to engage in search and rescue operations, and the rescue co-ordination centre or rescue sub-centre considers it necessary, the most capable person should be designated as on-scene co-ordinator as early as practicable and preferably before the facilities arrive within the specified area of operation. Specific responsibilities shall be assigned to the on-scene co-ordinator taking into account the apparent capabilities of the on-scene co-ordinator and operational requirements.
- 4.7.3 If there is no responsible rescue co-ordination centre or, for any reason, the responsible rescue co-ordination centre is unable to co-ordinate the search and rescue mission, the facilities involved should designate an on-scene co-ordinator by mutual agreement.
- 4.8 Termination and suspension of search and rescue operations

le centre ainsi désigné est le centre responsable de la zone où se trouvait l'objet recherché d'après sa dernière position signalée; et

- .3 après le déclenchement de la phase de détresse, le centre chargé de coordonner les opérations de recherche et de sauvetage informe, comme il convient, les autres centres de toutes les circonstances du cas d'urgence et de l'évolution de la situation.
- 4.5.5 Information des personnes, navires ou autres engins qui font l'objet de la phase d'urgence

Lorsque cela est possible, le centre de coordination de sauvetage ou le centre secondaire de sauvetage responsable des opérations de recherche et de sauvetage communique à la personne, au navire ou autre engin qui fait l'objet de la phase d'urgence les informations concernant les opérations de recherche et de sauvetage que ce centre a déclenchées.

4.6 Coordination des opérations au cas où deux Parties au moins sont concernées

Dans le cas des opérations de recherche et de sauvetage qui font intervenir plus d'une Partie, chaque Partie prend les mesures appropriées, conformément aux plans opérationnels mentionnés au paragraphe 4.1, lorsqu'elle y est invitée par le centre de coordination de sauvetage de cette région.

- 4.7 Coordination sur place des activités de recherche et de sauvetage
- 4.7.1 Les activités des unités de recherche et de sauvetage et d'autres moyens qui participent aux opérations de recherche et de sauvetage sont coordonnées sur place de manière à obtenir les résultats les plus efficaces.
- 4.7.2 Lorsque plusieurs moyens s'apprêtent à engager les opérations de recherche et de sauvetage et lorsque le centre de coordination de sauvetage ou le centre secondaire de sauvetage le juge nécessaire, la personne la plus capable devrait être désignée comme coordonnateur sur place dès que possible et, de préférence, avant l'arrivée des moyens dans la zone des opérations déterminée. Des responsabilités précises sont confiées au coordonnateur sur place en tenant compte des compétences qu'il semble posséder et des besoins opérationnels.
- 4.7.3 S'il n'y a pas de centre de coordination de sauvetage responsable ou si, pour une raison quelconque, le centre de coordination de sauvetage responsable n'est pas en mesure de coordonner la mission de recherche et de sauvetage, les moyens participants devraient désigner d'un commun accord un coordonnateur sur place.
- 4.8 Fin et suspension des opérations de recherche et de sauvetage

- anderes entschieden wird, ist die zu bestimmende Stelle diejenige Stelle, in deren Gebiet sich das Suchobjekt nach seiner letzten Positionsmeldung befunden hat
- .3 Nach Erklärung der Notstufe unterrichtet die Stelle, welche die Such- und Rettungsmaßnahmen koordiniert, je nach Lage andere Stellen über alle Umstände des Notfalls und über alle weiteren Entwicklungen.
- 4.5.5 Weitergabe von Informationen an Personen, Schiffe und andere Fahrzeuge, für die eine Alarmstufe erklärt worden ist

Wenn immer dies möglich ist, leitet die für die Such- und Rettungsmaßnahmen zuständige Rettungsleitstelle oder Rettungsunterleitstelle die Informationen über die von ihr eingeleiteten Such- und Rettungsmaßnahmen an die Person, das Schiff oder das andere Fahrzeug weiter, für die beziehungsweise das eine Alarmstufe erklärt worden ist.

4.6 Koordinierung bei Beteiligung von zwei oder mehr Vertragsparteien

Sind für die Durchführung der Such- und Rettungsmaßnahmen mehrere Vertragsparteien zuständig, so trifft jede Vertragspartei geeignete Maßnahmen entsprechend den in Abschnitt 4.1 genannten Betriebsverfahren, wenn sie von der Rettungsleitstelle des Bereichs darum ersucht wird.

- 4.7 Koordinierung der Such- und Rettungstätigkeiten im Suchgebiet
- 4.7.1 Die Tätigkeiten der Such- und Rettungseinheiten und der anderen Einrichtungen, die in Such- und Rettungsmaßnahmen eingebunden sind, werden im Suchgebiet koordiniert, um möglichst wirksame Ergebnisse zu erzielen.
- 4.7.2 Beteiligen sich verschiedene Einheiten an der Durchführung von Such- und Rettungsmaßnahmen und hält es die Rettungsleitstelle oder Rettungsunterleitstelle für nötig, so soll möglichst früh und vorzugsweise vor dem Eintreffen der Einheiten in dem festgelegten Einsatzgebiet die fähigste Person zum Suchleiter vor Ort bestimmt werden. Die besonderen Zuständigkeiten werden dem Suchleiter vor Ort unter Berücksichtigung seiner erkennbaren Fähigkeiten und der Durchführungserfordernisse übertragen.
- 4.7.3 Gibt es keine zuständige Rettungsleitstelle, oder ist die Rettungsleitstelle aus irgendeinem Grund nicht in der Lage, die Such- und Rettungsmaßnahmen zu koordinieren, so sollen die beteiligten Einheiten in gegenseitigem Einvernehmen selbst einen Suchleiter vor Ort bestimmen.
- 4.8 Beendigung und vorübergehende Einstellung der Such- und Rettungsmaßnahmen

- 4.8.1 Search and rescue operations shall continue, when practicable, until all reasonable hope of rescuing survivors has passed.
- 4.8.2 The responsible rescue co-ordination centre or rescue sub-centre concerned shall normally decide when to discontinue search and rescue operations. If no such centre is involved in co-ordinating the operations, the on-scene co-ordinator may take this decision.
- 4.8.3 When a rescue co-ordination centre or rescue sub-centre considers, on the basis of reliable information that a search and rescue operation has been successful, or that the emergency no longer exists, it shall terminate the search and rescue operation and promptly so inform any authority, facility or service which has been activated or notified.
- 4.8.4 If a search and rescue operation on-scene becomes impracticable and the rescue co-ordination centre or rescue subcentre concludes that survivors might still be alive, the centre may temporarily suspend the on-scene activities pending further developments, and shall promptly so inform any authority, facility or service which has been activated or notified. Information subsequently received shall be evaluated and search and rescue operations resumed when justified on the basis of such information.

# 4.8.1 Les opérations de recherche et de sauvetage se poursuivent, lorsque cela est possible dans la pratique, jusqu'à ce qu'il n'y ait plus d'espoir raisonnable de recueillir des survivants.

- 4.8.2 Le centre de coordination de sauvetage responsable ou le centre secondaire de sauvetage concerné décide normalement du moment auquel il faut mettre fin aux opérations de recherche et de sauvetage. Si aucun centre ne participe à la coordination des opérations, c'est le coordonnateur sur place qui prend la décision.
- 4.8.3 Lorsqu'un centre de coordination de sauvetage ou un centre secondaire de sauvetage estime, en se fondant sur des renseignements fiables, qu'une opération de recherche et de sauvetage a abouti ou que l'urgence n'existe plus, il met fin à l'opération de recherche et de sauvetage et en informe rapidement les autorités, moyens ou services qui ont été alertés ou avisés.
- 4.8.4 Lorsqu'une opération de recherche et de sauvetage sur place devient impossible à réaliser et que le centre de coordination de sauvetage ou le centre secondaire de sauvetage conclut qu'il peut y avoir encore des survivants, le centre peut interrompre provisoirement les activités sur place en attendant des faits nouveaux et en informe rapidement les autorités, moyens ou services qui ont été alertés ou avisés. Les renseignements reçus par la suite sont évalués et les opérations de recherche et de sauvetage reprennent lorsque ces renseignements le justifient.

# 4.8.1 Such- und Rettungsmaßnahmen sind, soweit möglich, so lange fortzusetzen, bis keinerlei begründete Aussicht mehr besteht, Überlebende zu retten.

- 4.8.2 Normalerweise entscheidet die betreffende zuständige Rettungsleitstelle oder Rettungsunterleitstelle darüber, wann Such- und Rettungsmaßnahmen abzubrechen sind. Ist keine solche Stelle mit den Koordinationsmaßnahmen betraut, so kann der Suchleiter vor Ort eine entsprechende Entscheidung treffen.
- 4.8.3 Kommt eine Rettungsleitstelle oder Rettungsunterleitstelle auf der Grundlage verlässlicher Informationen zu dem Schluss, dass eine Such- und Rettungsmaßnahme erfolgreich war oder dass ein Notfall nicht mehr besteht, so beendet sie die Such- und Rettungsmaßnahmen und unterrichtet hierüber sofort jede Behörde, jede Einheit oder jeden Dienst, welche beziehungsweise welcher zuvor alarmiert oder benachrichtigt worden ist.
- Werden die Such- und Rettungsmaßnahmen vor Ort undurchführbar und geht die Rettungsleitstelle oder Rettungsunterleitstelle davon aus, dass es möglicherweise noch Überlebende gibt, so kann die Leitstelle die Rettungsmaßnahmen im Suchgebiet für eine gewisse Zeit aussetzen, um die weiteren Entwicklungen abzuwarten: sie unterrichtet hierüber sofort jede eingesetzte oder benachrichtigte Behörde, Einheit oder Dienststelle. Nachfolgend eingehende Informationen werden bewertet und die Such- und Rettungsmaßnahmen wieder aufgenommen, falls dies auf der Grundlage der erhaltenen Informationen gerechtfertigt erscheint.

#### Chapter 5

## Ship reporting systems

#### 5.1 General

- 5.1.1 Ship reporting systems may be established either individually by Parties or in co-operation with other States, where this is considered necessary, to facilitate search and rescue operations.
- 5.1.2 Parties contemplating the institution of a ship reporting system should take account of the relevant recommendations of the Organization. Parties should also consider whether existing reporting systems or other sources of ship position data can provide adequate information for the region, and seek to minimize unnecessary additional reports by ships, or the need for rescue co-ordination centres to check with multiple reporting systems to determine availability of ships to assist with search and rescue operations.

#### Chapitre 5

# Systèmes de comptes rendus de navires

#### 5.1 Généralités

- 5.1.1 Des systèmes de comptes rendus de navires peuvent être établis par les Parties soit individuellement soit en coopération avec d'autres États, lorsque cela est jugé nécessaire, pour faciliter les opérations de recherche et de sauvetage.
- Les Parties qui envisagent l'établissement d'un système de comptes rendus de navires devraient tenir compte des recommandations pertinentes de l'Organisation. Les Parties devraient également déterminer si les actuels systèmes de comptes rendus ou autres sources d'informations sur la position des navires peuvent fournir des renseignements appropriés pour la région; elles devraient s'efforcer de réduire le nombre des comptes rendus supplémentaires inutiles ou faire en sorte qu'il ne soit plus nécessaire aux centres de coordination de sauvetage de vérifier plusieurs systèmes de comptes rendus pour déterminer si un navire peut prêter assistance dans le cadre d'opérations de recherche et de sauvetage.

#### Kapitel 5

## Schiffsmeldesysteme

## 5.1 Allgemeines

- 5.1.1 Wo dies für notwendig gehalten wird, können von den Vertragsparteien entweder individuell oder in Zusammenarbeit mit anderen Staaten Schiffsmeldesysteme eingerichtet werden, um Such- und Rettungsmaßnahmen zu erleichtern.
- Vertragsparteien, die beabsichtigen, ein Schiffsmeldesystem einzurichten, sollen die einschlägigen Empfehlungen der Organisation berücksichtigen. Darüber hinaus sollen die Vertragsparteien auch prüfen, ob bereits bestehende Schiffsmeldesysteme oder andere Quellen von Schiffspositionsdaten entsprechende Informationen für ein Gebiet zur Verfügung stellen können. Die Vertragsparteien sollen bestrebt sein, unnötige zusätzliche Schiffsmeldungen ebenso möglichst zu vermeiden wie die Notwendigkeit, dass die Rettungsleitstellen auf mehrere Meldesysteme Zugriff nehmen müssen, um die Verfügbarkeit von Schiffen zur Unterstützung von Such- und Rettungsmaßnahmen festzustellen.

- 5.1.3 The ship reporting system should provide up-to-date information on the movements of vessels in order, in the event of a distress incident, to:
- .1 reduce the interval between the loss of contact with a vessel and the initiation of search and rescue operations in cases where no distress signal has been received;
- .2 permit rapid identification of vessels which may be called upon to provide assistance:
- .3 permit delineation of a search area of limited size in case the position of a person, a vessel or other craft in distress is unknown or uncertain; and
- .4 facilitate the provision of urgent medical assistance or advice.
- 5.2 Operational requirements
- 5.2.1 Ship reporting systems should satisfy the following requirements:
- provision of information, including sailing plans and position reports, which would make it possible to determine the current and future positions of participating vessels;
- .2 maintenance of a shipping plot;
- .3 receipt of reports at appropriate intervals from participating vessels;
- .4 simplicity in system design and operation: and
- .5 use of internationally agreed standard ship reporting format and procedures.
- 5.3 Types of reports
- 5.3.1 A ship reporting system should incorporate the following types of ship reports in accordance with the recommendations of the Organization:
- .1 Sailing plan;
- .2 Position report; and
- .3 Final report.
- 5.4 Use of systems
- 5.4.1 Parties should encourage all vessels to report their position when travelling in areas where arrangements have been made to collect information on positions for search and rescue purposes.
- 5.4.2 Parties recording information on the position of vessels should disseminate, so far as practicable, such information to other States when so requested for search and rescue purposes."

- 5.1.3 Le système de comptes rendus de navires devrait fournir des renseignements à jour sur les mouvements des navires afin qu'en cas de détresse, l'on puisse:
- .1 réduire l'intervalle entre le moment où l'on a perdu contact avec un navire et celui où les opérations de recherche et de sauvetage sont déclenchées, lorsqu'aucun signal de détresse n'a été reçu;
- .2 identifier rapidement les navires auxquels on pourrait demander une assistance:
- .3 délimiter une zone de recherche d'une étendue limitée au cas où la position d'une personne, d'un navire ou d'un autre engin en détresse est inconnue ou incertaine;
- .4 apporter plus facilement des soins ou des conseils médicaux urgents.
- 5.2 Caractéristiques opérationnelles
- 5.2.1 Les systèmes de comptes rendus de navires devraient satisfaire aux prescriptions suivantes:
- .1 fourniture de renseignements, notamment des plans de route et des comptes rendus de position, qui permettent de déterminer la position actuelle et future des navires participants;
- .2 tenue d'un pointage de la position des navires:
- réception, à intervalles appropriés, des comptes rendus des navires participants;
- .4 simplicité de conception et d'exploitation:
- 5 utilisation, pour les comptes rendus, d'un format et de procédures normalisés agréés au plan international.
- 5.3 Types de comptes rendus
- 5.3.1 Un système de comptes rendus de navires devrait comprendre les types de comptes rendus de navires suivants, conformément aux recommandations de l'Organisation:
- .1 Plan de route;
- .2 Compte rendu de position; et
- .3 Compte rendu final.
- 5.4 Utilisation des systèmes
- 5.4.1 Les Parties devraient encourager tous les navires à signaler leur position lorsqu'ils traversent des zones où des dispositions ont été prises pour réunir des renseignements sur la position aux fins de la recherche et du sauvetage.
- 5.4.2 Les Parties qui recueillent des renseignements sur la position des navires devraient, dans toute la mesure du possible, les communiquer aux autres États qui leur en font la demande aux fins de la recherche et du sauvetage.»

- 5.1.3 Das Schiffsmeldesystem soll auf den neuesten Stand gebrachte Informationen über die Bewegungen von Schiffen zur Verfügung stellen, damit bei einem Notfall
- .1 der zeitliche Abstand zwischen dem Abbruch der Verbindung zu einem Schiff und der Aufnahme von Suchund Rettungsmaßnahmen in Fällen, in denen kein Notzeichen empfangen wurde, verringert wird;
- .2 die rasche Identifizierung von Schiffen ermöglicht wird, die zur Hilfeleistung herangezogen werden können;
- .3 die Festlegung eines begrenzten Suchgebiets ermöglicht wird, wenn die Position in Not befindlicher Personen, Schiffe oder anderer Fahrzeuge unbekannt oder ungewiss ist, und
- .4 die Bereitstellung dringend erforderlicher ärztlicher Hilfe erleichtert wird.
- 5.2 Einsatzerfordernisse
- 5.2.1 Schiffsmeldesysteme sollen folgenden Anforderungen genügen:
- .1 Lieferung von Informationen, insbesondere von Reiseplänen und Positionsmeldungen, die es ermöglichen, die gegenwärtigen und künftigen Positionen der beteiligten Schiffe zu bestimmen;
- .2 Vorhalten von Schiffslagedarstellungen:
- .3 Entgegennahme von Berichten beteiligter Schiffe in angemessenen Zeitabständen;
- .4 Einfachheit von Systemaufbau und -betrieb sowie
- Verwendung international vereinbarter Standard-Schiffsmeldeformate und -verfahren.
- 5.3 Meldungsarten
- 5.3.1 Ein Schiffsmeldesystem soll folgende den Empfehlungen der Organisation entsprechende Arten von Schiffsmeldungen umfassen:
- .1 Reiseplan,
- .2 Positionsmeldung und
- .3 Abschließende Meldung.
- 5.4 Anwendung der Systeme
- 5.4.1 Die Vertragsparteien sollen alle Schiffe darin bestärken, ihre Position zu melden, wenn sie Gebiete befahren, in denen Vorkehrungen für das Sammeln von Positionsinformationen für Such- und Rettungszwecke getroffen worden sind.
- 5.4.2 Vertragsparteien, die Informationen über Schiffspositionen aufzeichnen, sollen diese soweit wie möglich an andere Staaten weitergeben, wenn dies für Suchund Rettungszwecke verlangt wird."

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn

Telefon: (02 28) 3 82 08 - 0, Telefax: (02 28) 3 82 08 - 36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1998 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 7,40 DM (5,60 DM zuzüglich 1,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,50 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

# Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Vertrags über die Energiecharta und des Energiechartaprotokolls über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte

#### Vom 6. Dezember 1999

Der Vertrag vom 17. Dezember 1994 über die Energiecharta (BGBI. 1997 II S. 4) ist nach seinem Artikel 44 Abs. 2 für

Irland 14. Juli 1999 am

in Kraft getreten; der Vertrag wird für

Frankreich am 27. Dezember 1999

in Kraft treten.

II.

Das Energiechartaprotokoll vom 17. Dezember 1994 über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte (BGBI. 1997 II S. 4, 102) ist nach seinem Artikel 18 Abs. 2 für

Irland 14. Juli 1999

in Kraft getreten; das Protokoll wird für

Frankreich am 27. Dezember 1999

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 5. Januar 1999 (BGBI. II S. 69) und vom 19. Februar 1999 (BGBI. II S. 240).

Berlin, den 6. Dezember 1999

Auswärtiges Amt Im Auftrag Dr. Hilger